



# Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische  
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas 3, - DM

Nr. 9 / 1975

**LINKS-  
EINHEIT  
IN  
LATEIN-  
AMERIKA**

**INHALT:**  
Irak  
Chile  
Angola  
Nahost  
Namibia  
Bangla Desh  
Moçambique  
Lateinamerika

# Inhaltsverzeichnis

## AIB-Aktuell

- Solidarität mit Angola und Portugal! S. 3 – 4  
Interview mit dem  
MPLA-Vorsitzenden Neto S. 4

## Namibia

- Jürgen Ostrowsky  
Freiheit für Namibia! S. 5 – 8

## Moçambique

- Rede des Staatspräsidenten Samora Machel  
zum Tag der Unabhängigkeit der Volks-  
republik Moçambique – 25. Juni 1975 S. 8 – 10

## Chile

- Erklärung der Parteien der Unidad  
Popular – Juli 1975  
Die Aufgaben der Unidad Popular und  
des chilenischen Volkes S. 11 – 15

## Lateinamerika

- Erklärung der Kommunistischen Parteien  
Lateinamerikas und der Karibik  
– Juni 1975 S. 16 – 21

## Bangla Desh

- Günter Ritter  
Hintergründe des Putsches gegen die  
Regierung Mujibur Rahman S. 22 – 25

## Irak

- Lothar A. Heinrich  
5 Jahre Agrarreform im Irak S. 26 – 30

## Kurzinformation

- Naher Osten, OAS – SELA,  
Manifest an die Vereinten Nationen  
– für Chile! S. 30 – 32

## IMPRESSUM:

Antiimperialistisches Informationsbulletin  
Erscheint in der Weltkreis-Verlags GmbH,  
46 Dortmund

Herausgeber: Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg,  
Wolfgang Gehrcke, Bernd Hartmann, Georg Kwiatowski,  
Herbert Lederer, Steffen Lehndorff, Rolf J. Priemer,  
Barbara Schilling, Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus,  
Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

**Redaktionskollektiv:** Gabriele Brönnner (presserech-  
tlich verantwortlich), Wolfram Brönnner, Wolfgang Rit-  
ter, Barbara Schilling, Frank Werkmeister.

**Anschrift der Redaktion:** 355 Marburg/L.,  
Liebigstr. 46, Tel. 0 64 21 / 2 46 72.  
Postscheckkonto 312093-607 Psc.A Frankfurt/M.,  
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,  
46 Dortmund, Brüderweg 16.

**Erscheinungsweise:** monatlich

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung  
von 2 Belegexemplaren gestattet.

Druck: W. J. Becker, Marburg

Neben Herausgebern und Redaktionsmitgliedern  
beteiligten sich an der Arbeit für diese Nummer:  
D. Fendt, P. Maaskola, J. Ostrowsky, M. Passolt,  
B. Pflug, E. Probst, G. Ritter, I. v. Schönberg,  
B. Schwiening, G. Zilch

Redaktionsschluß dieser Nummer: 12. September 1975

Bitte beachten Sie unsere Anzeigen und Beilage:

- Anzeige der Weltkreis-Verlags-GmbH
- Anzeige der Entwicklungspolitischen  
Buchgesellschaft
- Bestellkarte des AIB

## Bestellung

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Einzelpreis: 1,50 DM

Jahresabonnement: 15,00 DM einschl. Porto

Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren  
33% Ermäßigung

Bestellungen an:

Antiimperialistisches Informationsbulletin,  
355 Marburg/L., Liebigstr. 46, Tel. 06421/24672.  
Postscheckkonto 312093-607 Psc.A Frankfurt/M.  
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,  
46 Dortmund, Brüderweg 16.

# AIB-Aktuell: Solidarität mit Angola und Portugal!

Im Frühjahr äußerte Vizeadmiral Rosa Coutinho, Mitglied des portugiesischen Revolutionsrates, in einem Interview: "Klar ist, daß (die Kolonialfrage) den Prozeß in Portugal vorantreiben oder verzögern kann" (vgl. AIB Nr. 7-8/1975). Ein Blick auf die bisherige Entwicklung Portugals und seiner ehemaligen Kolonien macht diesen Zusammenhang unmittelbar deutlich. Er zeigt, daß ein enger zeitlicher Zusammenhang besteht zwischen den Versuchen reaktionärer Kräfte in Portugal, den revolutionärdemokratischen Prozeß zu bremsen und rückgängig zu machen, und den Angriffen der internationalen Reaktion auf die Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonien. Daß dies keineswegs Zufall, sondern Ergebnis planmäßiger und koordinierter Bemühungen der Konterrevolution ist, geht aus vereinzelt Meldungen und Einzelanalysen hervor, die zusammengenommen ein präzises Bild der Interessenten, Drahtzieher und Agenten dieser Manöver ergeben.

## Die Handschrift der Konterrevolution

In der Entwicklung seit dem 25. April 1974 gab es drei Phasen, in denen die Reaktion den Versuch unternahm ihre Interessen durchzusetzen:

Dem Spinola-Staatsstreichabenteuer vom 28. September 1974 gingen Putschunternehmungen in Moçambique und in geringerem Maße in Angola voraus; zugleich hatten Spinola und Sozialistenführer Soares mit Zaires Präsident Mobutu sowie der FNLA und der UNITA Gespräche über Angolas Zukunft geführt, in denen sie - so Soares wörtlich - "dieselbe Sprache sprachen".

Ähnlich verliefen die Ereignisse im Zusammenhang mit dem zurückgeschlagenen Putschversuch Spinolas im März dieses Jahres: In Angola eröffnete die FNLA bereits kurz nach dem Abkommen von Alvor, in dem sich MPLA, FNLA und UNITA einigten, ihren Vernichtungsfeldzug gegen die MPLA; unter den noch in Angola stationierten portugiesischen Truppen wurde seitens einiger Kommandeure Zwietracht geschaffen, Truppenteile wurden aktionsunfähig gemacht; in Guinea-Bissau sollten, wie Coutinho in seinem Interview berichtete, portugiesische Einheiten und Agenten losschlagen; in den USA wurden Stimmen laut, die eine Loslösung der Kapverdischen Inseln unter einer aus in den USA lebenden Kapverdiern bestehenden Bewegung befürworteten.

Schließlich verraten die gegenwärtigen gefährlichen Auseinandersetzungen in Portugal selbst sowie um Timor und Angola die Handschrift der internationalen Konterrevolution: Während vornehmlich im Norden Portugals faschistische Banden mit Unterstützung des katholischen hohen Klerus eine Woge des Terrors entfachten, regten sich auch in anderen Teilen Portugals ähnliche Kräfte. Begünstigt durch die Spalterpolitik der Soares-Partei, die eine schwere Krise in- und außerhalb der Streitkräftebewegung (MPA) auslöste, traten auf den Azoren und Madeira von der CIA finanzierte Separatistenbewegungen in Aktion. In portugiesischen Ostteil der Insel Timor löste die "gemäßigte" Demokratische Union (UDT) mit ihrem Versuch, die Macht im Handstreich zu erobern, den - bislang erfolgreichen - Gegenangriff der revolutionären FRETULIN aus; in Angola schließlich ging die FNLA trotz des neuen Abkommens von Nakuru vom Juli 1975 wieder zum Angriff auf die MPLA über und überzog das Land mit Terror und Mord.

## Die Kampagne der "freien" Presse

Makaber ist das Echo, das diese Ereignisse in der hiesigen Presse fanden:



Pogromhetze und susuzernde Zerstörungsaktionen gegenrevolutionärer Kräfte werden zum Aufstand der "Demokraten" zurechtgelogen. "Kampf gegen rote Gewalt - Portugals Demokraten wehren sich", schrieb ausgerechnet der Bayernkurier am 23. August. Diejenigen, die zum jahrzehntelangen faschistischen Terror in Portugal geschwiegen hatten, waren auf einmal besorgt um die "Demokratie", die angeblich von Kommunisten bedroht werde. Schuld daran, daß die Konterrevolution in Portugal wieder ihr Haupt erhebt, seien nicht rechte Politiker, sondern die Kommunisten - so argumentierte die Frankfurter Rundschau am 8.9.1975.

Dies gilt auch für Angola: Für die Frankfurter Allgemeine Zeitung ist die MPLA nur mehr "kommunistisch", hat die portugiesische Regierung das Land Kommunisten "in die Hände gespießt" (FAZ, 3.10.1974). Die FAZ weiß allerdings auch einen Ausweg: "Angola fehlt Spinolas Hand" (3.10.1974).

Über die Ereignisse in Timor wie in Angola werden Greuelgeschichten verbreitet, die Auseinandersetzungen werden als "Bürgerkrieg" dargestellt, um von den massiven ausländischen Einmischungen abzulenken.

## FNLA - Garant für Profitinteressen

Um ihre Profitinteressen zu wahren, unterstützen internationale Konzerne Organisationen wie die UNITA, die FLEC (die die Loslösung des erdölreichen Cabinda von Angola betreibt), und vor allem die FNLA des Holden Roberto, der sich mehrfach offen für die Fortsetzung der Ausbeutung Angolas durch ausländische Monopole eingesetzt hat. Als "prowestlich" gelobt, erhält er einerseits die Unterstützung Zaires, andererseits die der CIA und der Republik Südafrika; am 3. September 1975 berichtete die Zeitung Le Monde überdies von französischen Waffenlieferungen an die FNLA. In den Reihen der FNLA kämpfen zahlreiche weiße Söldner; viele haben sich bereits in der Kongo-Krise für die Interessen des amerikanischen und belgischen Kapitals verdingt; die Süddeutsche Zeitung machte am 1. September auf Verbindungen zwischen diesen Söldnern und dem südafrikanischen Geheimdienst BOSS aufmerksam.

Dennoch war in der BRD von Einmischung nur in Form haßerfüllter Angriffe auf die Sowjetunion und ihre Unterstützung für die MPLA die Rede. Daß sich hierin BRD-Faschisten und die Führer der VR China treffen, wirft ein bezeichnendes Licht auf die chinesische Politik: Schrieb das Neo-Nazi-Blatt Deutsche National-Zeitung am 5. September 1975 von der Sowjetunion als "größter Kolonialmacht der Gegenwart" und hoffte sie, "daß sich die Völker Asiens auch gegen sie wenden werden, wie es China bereits getan hat", so hetzte die Peking Rundschau (Nr. 31/5.8.1975): "Es sind die sowjetischen Sozialimperialisten selber,

die den Kriegsbrand in Angola entzündet haben. ... Die Haltung des chinesischen Volkes (aber), konsequent und entschieden den vereinten Kampf des angolischen Volkes für die nationale Unabhängigkeit zu unterstützen, ist allen bekannt". Bekannt ist jedoch vor allem die massive Unterstützung Chinas durch Ausbilder und Waffenerlieferungen für die FNLA; die Pekinger Führer bestreiten dies auch gar nicht. Die senegalesische Zeitung *Le Soleil* schrieb hierzu: "Die VF China hilft in Angola jenen Kräften, die nicht die Unterstützung des Volkes haben. ... Die FNLA ist, ungeachtet ihres Flirts mit Peking, ohne jeglichen Zweifel eine Schachfigur in der Afrikapolitik der USA."

### Wirtschaftliche Erpressung durch die EG

Die durch die wirtschaftliche Sabotage- und Erpressungspolitik sowie durch die Schürung des "Bürgerkrieges" in Angola und Timor geschaffene Lage wirkt sich schwerwiegend auf Portugal selbst aus: Ein Heer von Angola-Flüchtlingen und der Zusammenbruch der Handelsbeziehungen mit Angola verschlimmern noch die in Portugal durch ähnliche Aktivitäten der inneren und internationalen Reaktion entstandene gefährliche Situation. Stehen in Angola vor allem ökonomische Interessen auf dem Spiel, so handelt es sich bei Portugal darüber hinaus um eine politisch-strategische Frage. Die imperialistische Reaktion versucht, wie im Fall Chiles, mit allen Mitteln eine beispielhafte sozialistische Entwicklung zu verhindern und umgekehrt den "Beweis" zu erbringen, daß der Sozialismus "in der freien Welt abgelehnt" werde.

Zu diesem Zweck setzt sie ihr gesamtes Arsenal ein: Wirtschaftliche Erpressung durch die Europäische Gemeinschaft; politische Einmischung durch Bonns Außenministerium; offene Spaltungspolitik mit massiver Unterstützung durch die internationale Sozialdemokratie.

Damit besorgen diese Kräfte das Spiel der Konterrevolution, die auf den inzwischen nach Paris zurückgekehrten Spinoza setzt. Von dort aus leitet er seine sogenannte "Demokratische Befreiungsbewegung Portugals" aus Söldnern, faschistischen Geheimpolizisten und Militärs.

### Gemeinsame Front gegen die Reaktion

All dies weist bekannte Merkmale auf: Die Errichtung der faschistischen Diktatur in Chile wurde auf ähnliche Weise vorbereitet.

Zwar scheinen sich in Portugal momentan die Aussichten auf eine Einigung zu verbessern; zwar hat in Timor die FRETILIN die Oberhand gewonnen, hat die MPLA in Angola der Reaktion schwere Niederlagen beigegeben - es wäre jedoch ein folgenreicher Fehler, das Ausmaß der immer noch vorhandenen Gefahren zu verkennen. Der Aufruf, den die Kommunistische und die Sozialistische Partei Chiles unter Hinweis auf die blutigen Erfahrungen der chilenischen Demokraten an ihre portugiesischen Genossen richteten, hat deshalb auch Gültigkeit für die Solidarität mit den kämpfenden Revolutionären in Angola: "Wir rufen Sozialisten, Kommunisten und die MFA auf, ihre Differenzen zu überwinden und eine gemeinsame Front zu bilden, um die Konterrevolution zu zerschlagen, und wir versichern sie unserer kämpferischen und immerwährenden Solidarität!", schrieb Carlos Altamirano, Generalsekretär der Sozialistischen Partei Chiles. Demokraten, Sozialisten und Kommunisten sind auch in der Bundesrepublik aufgerufen, Solidarität mit dem portugiesischen Volk und mit dem kämpfenden Volk Angolas zu üben. Das erfordert, die Wahrheit über Portugal und die Ereignisse in Angola zu verbreiten und der rassistischen Hetze entgegenzutreten; es erfordert, sich gegen jede Einmischung seitens der Bundesregierung oder der Bonner Parteien zu wenden: Bonn muß jede Unterstützung neokolonialistischer Umtriebe einstellen! Solidarität mit der MPLA und der portugiesischen Revolution.

## Interview mit dem MPLA-Vorsitzenden Neto

STERN: Herr Präsident, der Schlachtruf der MPLA lautet seit fast 20 Jahren: „Der Sieg ist sicher!“

NETO: Dieser Schlachtruf stammt aus dem Jahr 1956, als wir unsere Bewegung gründeten. Jetzt kämpfen wir gegen eine Invasion von außen, die hauptsächlich von (Angolas Nachbarstaat) Zaire betrieben wird, seit neuestem aber auch von Südafrika. Wenn wir von dem „sicheren Sieg“ sprechen, dann drücken wir damit unser Vertrauen in das Volk aus. Wenn es jetzt Wahlen gäbe, würden wir eine beruhigende Mehrheit der Stimmen kriegen.

STERN: Wirklich eine Mehrheit?

NETO: Ja, mehr als fünfzig Prozent.

STERN: Ist es denkbar, daß die MPLA, die jetzt mit den Portugiesen allein die Übergangsregierung bildet, einseitig die Unabhängigkeit erklärt?

NETO: Nein. Damit würden

wir einen unerwünschten Balkanisierungsprozeß auslösen, die Spaltung Angolas. Das wollen wir vermeiden. Wir werden zuerst das Problem der Gebiete lösen, die jetzt von der FNLA und der Unita okkupiert sind.

STERN: Was aber passiert, wenn die FNLA und die Unita ihrerseits die Unabhängigkeit ausrufen?

NETO: Das wäre eine klare Aggression. Ein Beweis für ihren Wunsch, Angola aufzuteilen.

STERN: Gibt es überhaupt noch Gespräche zwischen der MPLA und der gegen Sie kämpfenden FNLA oder Unita?

NETO: Wir haben der Unita unseren Wunsch nach neuen Gesprächen übermittelt. Wir wollten die Feindseligkeiten zwischen unseren beiden Bewegungen beenden. Aber die Unita hat sich dazu bisher nicht bereitgefunden — angeblich aus Termingründen.

STERN: Und die FNLA?

NETO: Irgendwelche Gespräche mit der FNLA kommen im Augenblick nicht in Frage. Wir betrachten die FNLA als eine ausländische Invasionsarmee.

STERN: Heißt das, daß eine Koalitionsregierung mit der Unita noch möglich wäre?

NETO: Mit der Unita: ja! Mit der FNLA: nein!

STERN: Was wird mit dem Besitz der Weißen in Angola? Wird das alles enteignet?

NETO: Das hängt von der Größe und vom Wert des Besitzes ab. Es gibt landwirtschaftliche Güter, die so groß und so reich sind, daß sie nicht einfach nur einem Menschen oder auch nur einer kleinen Gruppe gehören dürfen. Die müssen dem Staat gehören. Und dann gibt es auch noch lebenswichtige Grundindustrien, über die der Staat verfügen muß, die Energie-Quellen und die Zuckerindustrie beispielsweise.



STERN: Privatbesitz wird also in Zukunft beschnitten...

NETO: ... aber nicht unterdrückt, nein. Wir wollen nicht, daß das gesamte Privateigentum in Staatseigentum überführt wird.

STERN: Wird Angola eines Tages wieder ein ungeteiltes Land sein?

NETO: Ich habe keine Lust, weiszusagen.

STERN: Nun — wird es Monate dauern? Oder Jahre?

NETO: Vielleicht Jahre. Wir werden sehen.

(Auszug aus: Stern, 28.8.1975)



Jürgen Ostrowsky

## Freiheit für Namibia !

Am 11. Februar 1975 erklärte der UN-Kommissar für Namibia, Sean McBride, auf einer Sitzung des UN-Rates für Namibia, die Befreiung des Landes sei absehbar, fraglich seien nur mehr Zeitpunkt und Umstände der Unabhängigkeit<sup>1)</sup>.

### Schwindende Basis der Rassisten

Für diese Einschätzung sprechen gute Gründe:

- Mit dem Sturz des faschistischen Regimes in Portugal, der Befreiung Moçambiques sowie der noch zu erringenden Unabhängigkeit Angolas ist die Befreiungsbewegung Afrikas unmittelbar an die Grenzen der Republik Südafrika (RSA) vorgerückt; damit war das Rassenregime in Pretoria gezwungen, seine Politik der veränderten Lage anzupassen.
- Insbesondere im letzten Jahr hat der internationale Druck beträchtlich zugenommen: Ende September d.J. läuft erneut eine ultimative Frist ab, die der RSA vom UN-Sicherheitsrat für die Aufgabe des okkupierten Namibia eingeräumt worden war - ein Aufschub, den Pretoria nur einem Veto der USA, Großbritanniens und Frankreichs Ende Mai verdankt, mit dem sie Sanktionen wegen Nichteinhaltens eines bereits am 17. Dezember 1974 einstimmig vom Sicherheitsrat gesetzten Ultimatums verhinderten.<sup>2)</sup>
- Die eigene wirtschaftliche Lage zwingt das hochindustrialisierte Südafrika, Exportmärkte in Afrika zu gewinnen. Daher versucht das RSA-Regime, durch seine sogenannte "Dialog-Politik" Einbrüche in die anti-imperialistische Front der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) zu erzielen. Es stellte deshalb schon seine bisherige massive Unterstützung für das verbündete Rassenregime von "Rhodesien" ein.
- Der Einfluß der Befreiungsbewegung von Namibia, der SWAPO (South West African People's Organization), ist weiter gewachsen: Die Kampftätigkeit ihrer Guerillaeinheiten hat zugenommen und die RSA zur laufenden Verstärkung seiner Besatzungstruppen gezwungen; auch terroristische Unterdrückungsversuche konnten nicht verhindern, daß die (offiziell nicht verbotene) SWAPO in zunehmendem Maße Protestaktionen gegen Maßnahmen der Kolonialherren durchführte und sich or-



SWAPO-Vorsitzender S. Nujoma

ganisatorisch stärkte, z.B. durch den rasch wachsenden Jugendverband SWAPO Youth League. Der SWAPO gelang es, die Oppositionsgruppen in der Namibian National Convention zusammenzufassen, die sich kürzlich entschieden gegen die südafrikanischen Namibia-Pläne aussprach<sup>3)</sup>. Bereits im Dezember 1973 hatte die Vollversammlung der Vereinten Nationen die Legitimität des Kampfes der Afrikaner gegen die illegale Okkupation des Territoriums mit allen Mitteln und die SWAPO als authentische Vertretung des Volkes von Namibia anerkannt<sup>4)</sup>.

### "Bantustan-Konzept" auch für Namibia

Noch während des Sommers 1974 hatte Südafrika auf die eingetretenen Veränderungen mit verschärfter Unterdrückung geantwortet: Massenverhaftungen und öffentliche Auspeitschungen (die erst 1973 wieder eingeführt wurden) sollten die erwachten Hoffnungen im Keime ersticken<sup>5)</sup>.

Die Ausschaltung jeglicher Opposition sollte die Durchsetzung des (1968 gesetzlich beschlossenen) "Bantustan"-Konzeptes auch in Namibia

absichern, mit welchem Südafrika die Forderungen der Afrikaner und der UNO nach einem gemeinsamen, unabhängigen Namibia zu unterlaufen sucht. Nach den Vorstellungen der RSA erhielten die 12% weißen Bewohner Namibias annähernd zwei Drittel des Landes, die Afrikaner den Rest, aufgesplittert in fast ein Dutzend lebensunfähiger Kleinstaaten. Ein solches, scheinbar "unabhängiges" Staatengebilde wäre unweigerlich der neokolonialen Herrschaft der RSA ausgeliefert. Bei der Abgrenzung dieser Stammesgebiete beruft sich die illegale Verwaltung auf angeblich unüberbrückbare Stammesgegensätze und behauptet gar, die kleineren Stämme auf diese Weise vor der zahlenmäßigen Übermacht des größten Stammes zu schützen. In der BRD-Presse findet sich diese Zweckklüge selbst in der sich "liberal" nennenden Frankfurter Rundschau wieder: "Minoritäten fürchten Ovambos" (FR, 15.2.1972). Durch Scheinwahlen - die Hälfte der Abgeordneten wird von der RSA-Verwaltung bestimmt - versuchte Pretoria den von ihm selbst gehaltenen Stammesräten und deren Chefministern einen Anstrich demokratischer Legitimation zu geben. Die erste derartige Stammesratswahl im August 1973 im Ovambo-Gebiet wurde jedoch aufgrund des Boykottaufrufs der zur Wahl nicht zugelassenen SWAPO ein Debakel: Ganze 2,5% der eingetragenen Wahlberechtigten stimmten ab.

### Veränderte Bedingungen und die Manöver Vorsters

Der rasche Fortgang der politischen Entwicklungen zwang die RSA jedoch zur Beschleunigung ihrer Namibia-Politik und zur Bekundung scheinbarer Kompromißbereitschaft:

- Weder in Portugal selbst noch in Moçambique erfüllten sich die Hoffnungen der Konterrevolution und damit auch der RSA.
- Die Vereinten Nationen drangen noch energischer auf die Freigabe Namibias und drohten der RSA mit dem Ausschluß; der Namibia-Rat beschloß am 27. September 1974 ein Verbot jedweder ausländischen wirtschaftlichen Betätigung in Namibia, des Exports von Produkten des Landes und die Beschlagnahme solcher Exporte<sup>6)</sup>; am 23. Dezember 1974 ermächtigte die UN-Vollversammlung den Kommissar McBride zu entsprechenden Schritten<sup>7)</sup>; der Sicherheitsrat stellte der RSA ein bis zum 30. Mai 1975 befristetes Ultimatum.
- Selbst enge Verbündete der RSA, wie die USA und Großbritannien, sahen sich zu Ermahnungen an die Adresse von Ministerpräsident Vorster gezwungen; vier US-Ölkonzerne (Getty, Texaco, Philips und Continental) stellten ihre Bohrversuche ein<sup>8)</sup>.

RSA-Regierungschef Vorster reagierte mit dem Ausspruch, man möge ihm sechs Monate Zeit lassen, dann werde Südafrika der Welt ein verändertes Bild bieten und stellte den Pseudo-Stammesvertretungen "Verfassungsgespräche" in Aussicht. Der Namibia-Rat der UNO charakterisierte diese Ankündigungen als taktische Manöver, um die Weltöffentlichkeit über die eigentlichen Absichten zu täuschen und Zeit zu gewinnen. Am 6. Mai dieses Jahres auf seinen Ausspruch hin befragt, erklärte Vorster unverhüllt:

"Es ist ganz logisch: Entweder kommen wir zu einer Verständigung mit Afrika oder es gibt eine Konflikt-Ausweitung. ...Entweder wird die zu Südwestafrika erklärte Politik akzeptiert oder ..." 9)

### Der Wahlbetrug im Ovambo-Gebiet

Der Höhepunkt des von der RSA inszenierten Manövers waren die sogenannten Stammesratswahlen im Januar dieses Jahres im Ovambo-Gebiet.



Obwohl die SWAPO auch dieses Mal zum Boykott aufgerufen hatte, konnte die südafrikanische Verwaltung eine Wahlbeteiligung von 55% feiern (die freilich keiner Überprüfung unterzogen werden kann). Zu diesem erstaunlichen Resultat kam es indessen unter Anwendung brutalen Terrors und schierer Erpressung. In einer Dokumentation hält die SWAPO einige dieser Methoden fest:

"Das Arbeitsvermittlungsbüro in Olunjo wurde eingeschaltet - etwa zwei- bis dreitausend Arbeit im Süden Suchende erhielten die Auskunft, sie bekämen nie Arbeit, wenn sie nicht abstimmen; 'Wählt und arbeitet - sonst verhungert!' sagte man ihnen... Eine andere Methode, die Stimmabgabe zu er-

zwingen wurde bei der Ausgabe von Passierscheinen und anderen Reisepapieren angewandt. Im Paßamt von Ondangwa wurde Leuten ... einfach gesagt, daß keine Pässe ausgegeben würden, bevor der Bewerber den Stimmzettel angekreuzt hätte. ...

Regierungsbeamte, Häuptlinge und Aufseher erzählten den Menschen, daß sie viel aufs Spiel setzten, wenn sie sich weigerten, zur Wahl zu gehen. Solche Personen würden von allen ärztlichen Behandlungen ausgeschlossen und kein Krankenhaus würde sie aufnehmen. ...

Häuptling Josia Taapopi von Ukwaluudhi reiste landauf-landab, um seinen Untertanen von den Strafen zu erzählen, die jedem drohten, wenn er es wagen sollte, nicht zu wählen ... Er sagte, daß niemand die Erlaubnis zum Mais- oder Getreideanbau erhalte, ohne den Stimmzettel angekreuzt zu haben. ... Ebenfalls in Ukwaluudhi trieben Stammespolizisten, bewaffnet mit 0.303-Pistolen, Gummiknüppeln und Stammesäbeln, die Menschen aus ihren Häusern und eskortierten sie zu den Wahllokalen. ...

Alte, Blinde, Versehrte sowie geistig Behinderte, die staatliche Renten empfangen, wurden unterrichtet, daß es mit ihren Renten aus sei, wenn sie nicht abstimmten." 10)

### Verschärfte Repressionen

Daß sich an der südafrikanischen Namibia-Politik grundsätzlich nichts geändert hat, Pretoria vielmehr sein neokolonialistisches Konzept auch mit Gewalt zu verteidigen entschlossen ist, geht aus den weiteren Ereignissen hervor:

- Am 30. Mai d.J. berichtete SWAPO-Präsident Sam Nujoma dem UN-Sicherheitsrat, daß Südafrika seine Truppen in Namibia verstärkt und neue Stützpunkte errichtet habe. Ende August drangen RSA-Truppen bis in das Gebiet Angolas vor - angeblich, um den Bau des Cunene-Staudammsystems abzusichern<sup>11)</sup>.
- Unmittelbar vor Eröffnung der sogenannten Verfassungskonferenz mit den Marionettenregierungen der "Stammesgebiete" am 1. September 1975 nahmen RSA-Polizeitruppen mehrere führende SWAPO-Mitglieder unter der haltlosen Beschuldigung fest, für die Ermordung des Ovamboland-Chefministers Elifas Mitte August verantwortlich zu sein<sup>12)</sup>.

### BRD - Eine Hauptstütze des Apartheid-Regimes

In den nächsten Wochen - zu Beginn der XXX. Sitzungsperiode der Vereinten Nationen wird sich erweisen, ob die RSA weiterhin darauf setzt, den Druck der Weltöffentlichkeit zu unterlaufen oder ob sie zum Nachgeben gezwungen werden kann. Viel wird hierbei von der Haltung ihrer engsten Verbündeten, insbesondere der Bundesrepublik, abhängen.

Die BRD gehört nach wie vor zu den Hauptstützen des Apartheid-Regimes und seiner Kolonialherrschaft über Namibia: Sie unterhält entgegen mehreren UN-Resolutionen in Namibia ein Konsulat; das zwischen ihr und der RSA geschlossene Kulturabkommen bezeichnet Namibia

als Teil der RSA; in der Vollversammlung der Vereinten Nationen hat sie sich bislang allen konsequenten Maßnahmen widersetzt, die Südafrika zur Aufgabe Namibias hätten zwingen können - sogar unter Berufung auf den Grundsatz der Nichteinmischung in die Angelegenheiten fremder Staaten<sup>13)</sup>.

Zwar werden auch seitens der BRD Überlegungen angestellt, die auf die Revidierung einiger

Neuerscheinung

## Namibia - Wandzeitung

Das AIB hat soeben eine Namibia-Wandzeitung herausgegeben.

Format: DIN A 1, dreifarbig  
Preis: 1.- DM zuzügl. Porto

Die Wandzeitung zeigt in Wort und Bild das Leben und den Kampf des Volkes von Namibia gegen die südafrikanische Okkupation.

Zu bestellen beim: AIB  
355 Marburg/L.  
Liebigstr. 46

Positionen hinauslaufen<sup>14)</sup>; doch beschränkt sich dies zunächst auf verbale Verurteilungen, vage Andeutungen und nach wie vor dreiste Arroganz: Auf seiner Afrika-Reise Anfang Juli 1975 behauptete Außenminister Genscher wider alle Tatsachen, die BRD-Politik gegenüber Südafrika befinde sich in Übereinstimmung mit Charta und Beschlüssen der Vereinten Nationen<sup>15)</sup>. Oder: Die als Gegnerin des Rassistenregimes in Südafrika geltende SPD-Bundestagsabgeordnete L. von Bothmer besaß in einem Interview die Stirn zu behaupten:

"Also, das ist einfach eine Unterstellung, daß die Bundesregierung durch ihr Abstimmungsverhalten die südafrikanische Regierung unterstützt. Das ist nicht wahr. ... (Und:) Ich muß sagen, ein Konsulat kann nur in unserem Sinne sein". 16)

Ein bezeichnendes Licht auf das Bonner Doppelspiel wirft der Besuch des südafrikanischen Außenministers Muller in der Bundesrepublik vom 7.-16. September 1975. Wie in den Jahren zuvor ging es nicht zuletzt um die Absprache des westdeutschen Abstimmungsverhaltens in den Vereinten Nationen. In der Ankündigung des Besuchs meldete die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) am 23. Juli:

"Die, wie sie sagte, um Ausgewogenheit bemühte Bundesregierung will dem Vernehmen nach für den Herbst auch eine Delegation der 'Südafrikanischen Volksbewegung' (Swapo) nach Bonn einladen."

### In der Pose des Samariters

"Ausgewogenheit" zwischen Unterdrücker und Unterdrücktem, Henker und Opfer - mit diesem zynischen Doppelspiel hat die BRD bereits dem portugiesischen Kolonialheer Waffen geliefert

und der FRELIMO Medikamente versprochen; die FRELIMO hat diese Haltung mit der Nichteinladung Bonns zur Unabhängigkeitsfeier quittiert. Wenn Genscher auf seiner Afrika-Reise Namibia-Flüchtlingen Hilfe andiente<sup>17)</sup>, so liegt dies auf derselben Ebene: Statt die Ursache von Unterdrückung und Terror zu beseitigen zu helfen, gefällt man sich in der Pose des Samariters. In einem Kommentar zu "Genschers Safari" kommt der Kölner Stadt-Anzeiger zu dem Schluß:

"Die auch von Genscher jetzt wiederholte Feststellung, die Bundesrepublik lehne jeden Rassismus ab, ist eine Sache, die man in Afrika glaubt oder auch nicht. Wichtiger ist, wie dieses moralische Postulat im UN-Plenum bei Abstimmungen in Politik umgesetzt wird. ... Hier gilt es, Glaubwürdigkeit unter Beweis zu stellen." 18)

Die Republik Südafrika befindet sich auf dem Rückzug, weil der internationale Druck und der Kampf der Befreiungsbewegung sie dazu zwingen. Sie vermag sich gleichwohl noch immer konsequenten Schritten zu entziehen, weil trotz öffentlicher Distanzierungen und schön klingender Bekenntnisse die imperialistischen Hauptländer, in erster Linie die BRD, sie politisch, wirtschaftlich und militärisch unterstützen. Der internationale Druck auf Südafrika darf nicht nur nicht nachlassen, sondern er muß verstärkt und ausgeweitet werden auf die Länder, die das Rassistenregime absichern. Die Bundesrepublik muß gezwungen werden:

- Die Beschlüsse der Vereinten Nationen zu be-

folgen: Auflösung des Konsulats in Windhuk, Aufkündigung des Kulturabkommens, Einstellung und Unterbindung aller Investitionstätigkeit in Namibia!

- Ihre Unterstützung für Südafrika einzustellen!
- Die SWAPO als rechtmäßige Vertretung des Volkes von Namibia anzuerkennen und zu unterstützen!

#### Anmerkungen:

- 1) UN Monthly Chronicle, März 1975, S. 22
- 2) Vgl. AIB-aktuell, AIB Nr. 6/1975
- 3) Frankfurter Rundschau (FR), 23.8.1975
- 4) UN Monthly Chronicle, Januar 1974, S. 45
- 5) Namibia Bulletin (UN) Nr. 1/75
- 6) Decolonization (UN) Nr. 3/Dezember 1974
- 7) FR, 29.1.1975
- 8) UN Monthly Chronicle, März 1975, S. 23
- 9) Journal südafrika (Hrsg.: Südafrikanische Botschaft, Bonn) Nr. 2/75, S. 8
- 10) Dokumentation der SWAPO "'Free' Election in Ovambo January 1975" (hektographiert), Januar 1975
- 11) Süddeutsche Zeitung (SZ), 6.9.1975
- 12) Le Monde, 21.8.1975; SZ, 30.8.1975
- 13) UN Monthly Chronicle, Januar 1974, S. 45; FR, 22.1.1975
- 14) Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ), 9.7.1975
- 15) ARD-Tagesschau, 7. Juli 1975
- 16) Forum E Nr. 1/75, S. 37
- 17) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 7.7.1975
- 18) Kölner Stadt-Anzeiger, 15.7.1975

## Moçambique

### Rede des Staatspräsidenten Samora Machel zum Tag der Unabhängigkeit der Volksrepublik Moçambique — 25. Juni 1975



Mit der Ausrufung der Volksrepublik Moçambique beginnt ein neues Kapitel unserer Geschichte. Überall im Lande werden wir die politischen, ideologischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Erfolge, die wir im Verlauf des Kampfes erzielt haben, vergrößern. In der Phase der Volksdemokratie, in der wir uns jetzt als einer Etappe des revolutionären Prozesses in Moçambique befinden, besteht unser Ziel darin, die materiellen, ideologischen, administrativen und sozialen Grundlagen für unseren Staat zu legen.

Wir müssen uns dessen bewußt sein, daß der von uns übernommene Apparat seinem Charakter, seiner Zusammensetzung und seinen Methoden nach eine zutiefst rückschrittliche und reaktionäre Struktur aufweist, die voll und ganz umgewandelt werden muß, damit sie in den Dienst der Massen gestellt werden kann.

Es gibt weitere Faktoren, über die wir völlige Klarheit besitzen müssen. So verzeichnen wir die Tatsache, daß wir zwar die politische Macht übernehmen, je-

doch noch nicht über die wirtschaftliche Macht verfügen und daß sich der administrative, Bildungs-, Gesundheits-, juristische Apparat u. a. noch immer nicht unter unserer Kontrolle befinden. Der neue Kampf beginnt erst. Wir sind mit den Ausbeutern und Privilegierten konfrontiert, die mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln versuchen werden, den revolutionären Prozeß aufzuhalten. Wir dürfen uns nicht durch den Fakt täuschen lassen, daß der Feind jetzt nicht direkt wirksam wird. Er ist lediglich geschwächt, aber nicht tot. Die



Samora Machel, leitete am 25. Juni 1975 den Amtseid.

Methoden unserer Feinde werden deshalb eine um so verräterischere Form annehmen. Schon jetzt verfügen wir über Beweise für ihr Vorgehen, für Infiltrationsversuche, um unsere Linie zu entstellen, und für politischen Opportunismus.

Unsere Einheit wird eine der wichtigsten Zielscheiben der feindlichen Aktivitäten sein. Wir wiederholen erneut, daß Einheit nichts Gefühlsmäßiges oder Abstraktes ist. Dagegen sind eine eindeutige Konzeption unserer Ziele und die genaue Kenntnis unserer Aufgaben in jedem Augenblick ein Beitrag zu dieser Einheit. Einheit heißt auch, daß wir eine immer deutlichere Trennungslinie zwischen uns und dem Feind ziehen; ganz gleich, in welcher Form er auftreten mag.

In der Praxis und durch ihre Aktionen hat sich die FRELIMO als die führende Kraft in unserer Gesellschaft behauptet. Gerade aus diesem Grund haben sich die breiten Massen ganz spontan mit den Prinzipien und dem Kampf der FRELIMO identifiziert.

### Die FRELIMO muß die führende Kraft sein

Diese gewaltige Unterstützung durch die Öffentlichkeit birgt ein großes Potential in sich und bildet, wenn sie in die richtigen Bahnen gelenkt und richtig organisiert wird, einen unerschöpflichen Quell des Fortschritts sowie eine unüberwindliche Kraft. Zu einer Zeit, da die Konsolidierung der Macht des Arbeiter- und Bauern-Bündnisses Priorität besitzt und eine neue Phase des nationalen Wiederaufbaus beginnt, ist es von wesentlicher Bedeutung, daß die FRELIMO sowohl strukturell als auch organisatorisch in der Lage ist, die vor ihr stehenden gigantischen Aufgaben zu lösen.

Eine wichtige Aufgabe besteht darin, die ideologische Offensive zur Beseitigung des kolonialen und kapitalistischen Geistes, der in den Städten tiefe Wurzeln geschlagen hat, sowie des traditionellen feudalistischen Geistes, wie er in den ländlichen Gegenden vorherrscht, zu beginnen. Eine ideologische Offensive wird die werktätigen Massen in die Lage versetzen, ihre historische Rolle, ihre führende Rolle im Prozeß der

derzeitigen Umwandlung, zu verstehen. Dem muß die ständige Verbesserung des politischen und ideologischen Niveaus der Kader vorangehen, die im Verlaufe des Volksbefreiungskrieges herangereift und gestählt worden sind. Aus diesem Grund wurde auf dem letzten Treffen des Zentralkomitees beschlossen, die Bildung einer Partischule zur vorrangigen Aufgabe zu machen.

Die Mobilisierung und Organisierung der Massen in dem vor uns stehenden harten Klassenkampf kann nur Kadern anvertraut werden, die in der Praxis erprobt sind. Eine der Bastionen im System der Ausbeutung des Menschen ist der komplexe Apparat, den wir auf dem Gebiet der Verwaltung, des Rechts-, Bildungs- und Gesundheitswesens usw. übernehmen. Ungeachtet des guten Willens und der Ehrlichkeit der Menschen, aus denen sich dieser Apparat zusammensetzt, wurde er einzig und allein für die Erhaltung der ausländischen Herrschaft und des Systems der Ausbeutung des Menschen errichtet. Deshalb müssen wir einen neuen Geist und ein neues Bewußtsein schaffen und die Menschen mit neuen Arbeitsmethoden vertraut machen. Diese Aufgabe kann nur dann erfüllt werden, wenn maßgebliche Vertreter der Arbeiterklasse in der Lage sind, ihre führende Rolle wahrzunehmen. Anhand dieser Faktoren werden die

Gründe, zumindest einige der Hauptgründe, dafür klar, warum die FRELIMO in den staatlichen Einrichtungen die führende Kraft bleiben muß.

### Die Streitkräfte – eine Reserve revolutionärer Kader

Im gegenwärtigen Kampf verfügt das Volk über ein äußerst wertvolles Instrument: die Streitkräfte für die Befreiung von Moçambique, die im harten Kampf gegen die kolonialistisch-imperialistische Aggression sowie im Kampf gegen alte und neue Ausbeuter geschmiedet worden und herangereift sind. Aufgrund der historischen Erfahrungen, die unsere Bevölkerung im letzten Jahrzehnt gesammelt hat, sind die Streitkräfte zur Befreiung von Moçambique zu einer großen und unerschöpflichen Reserve an revolutionären Kadern geworden.

Wenn wir das politische und Klassenbewußtsein der Kämpfer ständig verbessern, das Niveau im Bildungswesen, in der Kultur und Technik ständig heben, die Disziplin in unseren Reihen stärken, das internationale Pflichtbewußtsein entwickeln und eine neue Generation von Kämpfern heranbilden, werden wir stets über eine entscheidende Kraft zum Schutz unseres Landes, der Revolution und der Interessen der Volksmassen verfügen.

Die Streitkräfte zur Befreiung von Moçambique sind jetzt, genau wie in der Vergangenheit, auch eine Kampf-Abteilung an den wichtigsten Fronten der Produktion, des Lernens und der Massenmobilisierung. Eine aktive Betätigung an diesen Fronten wird es den Kämpfern ermöglichen, die politische Dimension zu erreichen, die sie zur Erfüllung ihrer patriotischen und revolutionären Pflicht benötigen.

Die Mitarbeit der Frauen in den Streitkräften zur Befreiung von Moçambique (im Rahmen der Frauenabteilung) ist für den Kampf um die Gleichberechtigung der Frau, für die Einbeziehung der Frauen in den revolutionären Prozeß von großer Bedeutung. Sie stellt einen zutiefst mobilisierenden Faktor, einen ent-



Arbeiter der Kohlen-Mine „Moatize“

scheidenden Schritt zur Verwirklichung der Gleichberechtigung beider Geschlechter dar.

Die Organisation der Frauen von Moçambique ist aufgerufen, überall im Lande ihre Aktivitäten zu entfalten und sich mit den dringlichsten Problemen der Frauen zu befassen. Will die Organisation ihren Aufgaben gerecht werden, muß sie sich fest auf die Frauenabteilung der FRELIMO stützen, die in der Praxis die Vorhut der Frauen Moçambiques bildet.

Der Kampf für die Gleichberechtigung der Frau ist zugleich ein ideologischer Kampf gegen Vorstellungen, die ihre Wurzel in überlebten Traditionen haben, sowie gegen vielfache Versuche der Bourgeoisie, das Ergebnis des Freiheitskampfes zu negieren. Er ist gleichzeitig ein Kampf um die Bildung von Organisationen unter den am stärksten unterdrückten, erniedrigten und ausgebeuteten Frauen.

Es muß eine größere Anzahl von demokratischen Massenorganisationen, insbesondere für die Jugendlichen und für die Arbeiter, ins Leben gerufen werden, wofür die FRELIMO gerade in diesen Bereichen gute Vorarbeit geleistet hat.

### **Nüchterne Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Lage**

Jetzt, da wir unsere Unabhängigkeit verkünden, müssen wir uns davor hüten, Euphoriegefühle nachzugehen – insbesondere bei der Analyse unserer wirtschaftlichen und sozialen Lage. Es ist keinesfalls eine Herabsetzung unseres Kampfes und unseres Volkes, wenn wir eingestehen, daß unsere wirtschaftliche und finanzielle Lage im Ergebnis einer zügellosen Ausbeutung und der uns vom Kolonialismus auferlegten finanziellen Bedingungen katastrophal ist.

Deshalb ist es erforderlich, in einem Sektor nach dem anderen eine nüchterne Analyse der Bedingungen in der Wirtschaft, im Sozialwesen, im Bildungswesen, in der Kultur und im Gesundheitswesen vorzunehmen. Darin wird die erste Aufgabe unserer Regierung bestehen. Einige der vorrangigen Aufgaben tragen zur Lösung der Probleme der Arbeitslosigkeit, der Armut, des Analphabetentums, der Waisenkinder, der Prostitution und des Banditentums bei. Aus diesem Grunde müssen wir eine Politik der nationalen Entwicklung, eine Politik des richtigen Einsatzes unserer Ressourcen entwickeln. Die Definition unserer künftigen Politik ist von essentieller Bedeutung für die Festlegung der Prioritäten.

Bei der Ausarbeitung der Strategie für unsere Entwicklung müssen wir unser Hauptaugenmerk darauf richten, worin unsere besondere Stärke liegt, sowie auf die Mobilisierung und Organisation der Bevölkerung. Auch hier müssen wir aus unserem Erfahrungsschatz schöpfen, vor allem in den befreiten Gebieten.

Der Beginn eines neuen Lebens in den befreiten Gebieten war weder Zufall

noch automatisches Ergebnis des Bruchs mit der Kolonialgesellschaft. Es mußten weitreichende politische, ideologische und organisatorische Anstrengungen unternommen werden, um den Einfluß der Vergangenheit zu überwinden. Diese Erfahrung muß man sich unbedingt ins Gedächtnis zurückerufen, will man sich auf die neue Phase einstellen.

### **Neue Gemeinschaften auf dem Lande**

Unter der Führung der FRELIMO wird die verstreut lebende Bevölkerung in den ländlichen Gebieten in revolutionären Gemeinschaften und schließlich in Gemeinschaftsdörfern zusammenleben. Dort kann sie ihr Leben neu organisieren, eine kollektive Produktion auf der Grundlage ihrer Traditionen entwickeln und sich Wissen aneignen. Je nach den vorhandenen Mitteln und unter Einhaltung des Prinzips der Selbständigkeit wird der Staat diesen Gemeinschaften jede nur mögliche Hilfe zuteil werden lassen.

Somit wird es möglich sein, die Bevölkerung mit Dienstleistungen zu versorgen, in deren Ergebnis sich ein größerer Wohlstand erreichen läßt – besonders durch die Verbesserung des technischen und Bildungsniveaus sowie durch die Versorgung mit Wasser und Elektrizität, durch Gesundheitsfürsorge und kulturelle Aktivitäten.

Die Bildung solcher Gemeinschaften muß sowohl für die Partei als auch für den Staat eine vorrangige Aufgabe sein. Die Partei muß eine große Mobilisierungskampagne entfalten, in deren Verlauf sie die neuen Lebens- und Produktionsbedingungen erläutert.

Die Erfüllung der vor uns liegenden gigantischen Aufgaben setzt voraus, daß wir unsere Einheit verwirklichen und konsolidieren. Um geeint zu sein, genügt es nicht, dies zu verkünden. Es gilt einen ständigen Kampf gegen sämtliche auf Spaltung abzielende Tendenzen zu führen.

Es ist erforderlich, daß man die Würde, Vielgestaltigkeit und Komplexität unseres Landes voll erfaßt. Diese Komplexität zu kennen bedeutet, die Widersprüche in unserem Land und die Möglichkeiten zu deren Beseitigung zu studieren. Zu den Überresten des Kolonialismus gehört in Moçambique eine typische Form der Diskriminierung verschiedener Rassen und sozialer Gruppen.

So bestehen in Moçambique Gemeinschaften in Form von Vereinigungen nebeneinander, die nach der Rasse oder einer stärkeren bzw. schwächeren Pigmentierung gebildet wurden und die keinerlei Kontakt zueinander haben, abgesehen von den obligatorischen und über die Rasse hinausgehenden Kontakten während der Arbeitszeit. In dieser Art von Organisationen spielen Überlegenheit und Unterlegenheit, Unterdrückung und Spannungen eine gewaltige Rolle. Es ist dringend notwendig, daß diese Besonderheiten endlich einer echten Einheit der Bewohner Moçambiques Platz machen.

Wir kennen keine Stämme, keine Regionen, Rassen oder Religionen. Wir kennen nur Einwohner von Moçambique, die gleichermaßen ausgebeutet sind und alle den Wunsch nach Freiheit und Veränderung haben.

Auch sollten wir unsere Aufmerksamkeit auf das Problem der traditionellen Beziehungen zwischen Kirche, Religion und Staat lenken und eindeutig erklären, wie diese Beziehungen in der Volksrepublik Moçambique aussehen werden.

In dem Staat, den wir aufbauen möchten, wird jede gesellschaftliche Veränderung ein Ergebnis der Auseinandersetzungen an den Fronten des Klassenkampfes, des Kampfes um Neuerungen in Produktion und Wissenschaft sein.

### **Dank für die brüderliche und uneigennütige Hilfe**

Die Bevölkerung von Moçambique hat nicht allein gekämpft. Während des harten Kampfes um nationale Befreiung hat die FRELIMO Beziehungen der Freundschaft, Solidarität und gegenseitigen Hilfe mit Völkern und Ländern hergestellt, die genau wie wir den Wunsch nach Freiheit, Unabhängigkeit und sozialem Fortschritt haben.

Diesen Worten liegen nicht nur Gefühle der Dankbarkeit zugrunde. An diesem Tag des Glücks wollen wir nicht versäumen zu erklären, wie sehr das Volk von Moçambique die brüderliche und uneigennütige Hilfe schätzt, die es von Völkern, Ländern, Organisationen und Einzelpersonen erhalten hat.

Im Rahmen ihrer Politik des Friedens, der Freundschaft und Solidarität mit allen Völkern möchte die Volksrepublik Moçambique gesunde Beziehungen der internationalen Zusammenarbeit mit allen Staaten herstellen, ungeachtet ihres sozialen Charakters und auf der Grundlage der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der absoluten Gleichberechtigung und des beiderseitigen Vorteils. Es wird jedoch bei uns keine Koexistenz mit Faschismus und Kolonialismus geben.

Wir messen der Entwicklung unserer Beziehungen mit den Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, die ebenfalls Opfer imperialistischer Ausbeutung und Aggression sind, große Bedeutung bei.

Wir halten es ferner für wichtig, unsere Beziehungen mit den skandinavischen Staaten, Finnland und Holland auszubauen, die völliges Verständnis für unseren gerechten Kampf gegen Kolonialismus hatten.

Wir sind bereit, unseren Verpflichtungen innerhalb der afrikanischen und der internationalen Gemeinschaft nachzukommen, und werden uns um die Mitgliedschaft in der Organisation für Afrikanische Einheit und den Vereinten Nationen bewerben, beides Organisationen, die der Sache der nationalen Befreiung und des Friedens dienen.

(Quelle: Horizont  
Nr. 32/1975)

Nach viertägigen Beratungen haben die Führer der sechs Parteien der Unidad Popular in Berlin/DDR ein bedeutsames Dokument mit dem Titel "Die Unidad Popular und die Aufgaben des chilenischen Volkes" beschlossen. Diese erste gemeinsame Tagung der UP-Parteien nach dem faschistischen Putsch in Chile hatte zum Ziel, allen antifaschistischen und patriotischen Kräften Chiles ein konkretes Programm zu geben, mit dem Hauptziel des antifaschistischen Widerstandskampfes, die militärfaschistische Pinochet-Junta zu stürzen und eine antifaschistisch-demokratische Ordnung zu errichten.

Der Aufruf zum gemeinsamen Vorgehen gegen die Junta richtet sich in erster Linie an die Christdemokraten Chiles und die Angehörigen der revolutionären Linksbewegung (MIR)

## Erklärung der Parteien der Unidad Popular - Juli 1975

# Die Aufgaben der Unidad Popular und des chilenischen Volkes



Die Führer der Parteien der chilenischen Unidad Popular im Präsidium der internationalen Pressekonferenz in Berlin

In Berlin, der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, haben wir, die Führer der Parteien der Unidad Popular im Ausland, in offizieller Vertretung unserer Parteien die Krisensituation, in der sich Chile befindet, analysiert und uns auf die folgenden allgemeinen politischen und programmatischen Grundsätze geeinigt:

1 Die faschistische Militärdiktatur hat auf blutige Weise die demokratische, politische und soziale Entwicklung in Chile unterbrochen. Sie hat die Gesamtheit der demokratischen Institutionen und die repräsentativen Organe sowie die demokratischen und Volksparteien beseitigt. Sie hat das chilenische Volk aller Freiheiten und Rechte beraubt.

Das Land wurde in ein Konzentrationslager verwandelt. Tausende und aber Tausende von Chilenen werden ermordet, gefoltert und gefangengehalten, um die politische Opposition im Lande physisch zu liquidieren. Einem hohen Prozentsatz der Bevölkerung wird die Möglichkeit verweigert, im eigenen Vaterland zu leben.

### Junta verantwortlich für Ruin des Landes

Geleitet von den reaktionärsten und überholten Modellen der USA-Wirtschaft haben die Usurpatoren für das Volk die größte Krise entfesselt, an die man sich je erinnern kann. Eine galoppierende Inflation, ein ungeheures Anwachsen der Arbeitslosigkeit, der steile Fall

der Produktionsziffern und der Bankrott von Tausenden kleinen und mittleren Betrieben und Geschäften sind Ausdruck dieses im wahrsten Sinne des Wortes ökonomischen Zusammenbruchs.

Chile und sein Volk sind den Imperialisten als Experimentierobjekt einer unmenschlichen Politik ausgeliefert, die Verhältnisse anstrebt, die eine höchstmögliche Ausbeutung der Werktätigen gestatten. Die sogenannte Schockbehandlung, die selbst die brasilianische Diktatur ablehnt, ist die ökonomische „Zauberlösung“, durch die das Volk zu Hunger und Elend verurteilt wird, um die Profite des Großkapitals zu erhöhen. Gleichzeitig genießen die Monopolbourgeoisie und der Imperialismus jede erdenkliche Unterstützung

und alle Privilegien, die das Regime ihnen zu bieten hat.

Die Betriebe des staatlichen Wirtschaftssektors werden dem Monopolkapital zurückgegeben. Die großen multinationalen Konzerne erhalten umfangreiche Entschädigungen. Gleichzeitig öffnet ihnen das Regime alle Türen, damit sie ihre Ausbeutertätigkeit in Chile im Rahmen einer Politik der völligen Entnationalisierung der Wirtschaft wieder aufnehmen können.

In der Landwirtschaft ist dem Prozeß der Bodenreform ein Ende gesetzt und die Herrschaft der Großgrundbesitzer wiederhergestellt worden. Ihnen wird die Mehrzahl der enteigneten Güter zurückgegeben. Die Neubauern und die kleinen Eigentümer werden ruiniert. Die Mitbestimmung der Werktätigen, die unter der Regierung des Präsidenten Allende eine bemerkenswerte Entwicklung erreicht hatte, ist völlig abgeschafft.

Die Streitkräfte gehen dazu über, innerhalb des Systems eine dominierende Rolle als Werkzeuge der Großbourgeoisie und des Imperialismus zu spielen. Ihre reaktionären Offiziere sind die Vollstrecker der Unterdrückung und gleichzeitig Instrument und Sprecher der herrschenden Klasse.

### Pinochetclique völlig isoliert

Dieses ganze Bild des Elends, der Repression und des Niedergangs bewirkt zusammen mit der wachsenden Korruption des faschistischen Regimes dessen weltweite Isolierung.

Im Inland kommt sie darin zum Ausdruck, daß sich nicht nur die Arbeiterklasse und die Volksmassen in Stadt und Land, die von der Repression und dem ökonomischen Desaster am stärksten betroffen sind, in die Opposition gegen die Diktatur einreihen. Auch die Mittelschichten stellen anhand der Tatsachen fest, daß die Politik der Junta ihren Interessen zuwiderläuft, die zugunsten der Interessen der Großbourgeoisie und des ausländischen Kapitals hintenangesetzt werden.

Große Teile der Bevölkerung, die sich in der Vergangenheit der Politik der Regierung der Unidad Popular widersetzen und sogar bewußt oder unbewußt zum Aufkommen der Diktatur beitrugen, lehnen heute deren Führungspolitik und die von ihr angewandten Methoden ab.

2 Auf internationaler Ebene ist es zu einem fast einmütigen Phänomen der Abscheu gegen das Regime Pinochets und der Solidarität mit dem Volk von Chile gekommen. Die meisten Regierungen und internationalen Organisationen, die ideologisch-politischen Hauptströmungen unserer Zeit und auch die Vollversammlung der Vereinten Nationen haben dieses Regime entschieden verurteilt. Diese Isolierung hat ihre Ursache in der rückschrittlichen und unmenschlichen Innenpolitik der Diktatur. Die Militärjunta übt ihre antichilenische Politik im Rahmen einer internationalen Gesamtlage aus, deren Hauptkennzeichen das sich mit jedem Tag mehr zugunsten des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus entwickelnde internationale Kräfteverhältnis ist. Der Vormarsch der Kräfte des Fortschritts zeigt sich in den Erfolgen der Entwicklung und Ausdehnung des sozialistischen Lagers, im Aufstieg der Bewegung der Werktätigen in den entwickelten kapitalistischen Ländern, im Wachstum und in der Stärkung der nationalen Befreiungsbewegung sowie im Kampf der

Völker der unterentwickelten Länder um demokratische und sozialistische Lösungen für ihre Probleme.

Die von ihr betriebene Politik, in der ein jämmerlicher Chauvinismus mit der Auslieferung des Landes an ausländische Interessen verknüpft ist, isoliert die Diktatur in der ganzen Welt und insbesondere in Lateinamerika. Der Militärputsch in Chile ist ein wesentlicher Bestandteil im Rahmen der Gegenoffensive des Imperialismus. Er versucht auf diese Weise, den Aufschwung der Massenbewegung auf dem lateinamerikanischen Kontinent zu neutralisieren.

Ungeachtet einiger Rückschläge, die die Volkskräfte in Lateinamerika hinnehmen mußten, kann man einen politischen Reifeprozess der Völker sowie ein ständiges Vorwärtsdrängen in der Entwicklung der antiimperialistischen und demokratischen Bewegung der nationalen Selbstbehauptung erkennen. So im Falle von Peru, Ekuador, Venezuela, Panama, Kostarika, Mexiko und in den englisch- und französischsprachigen Ländern des karibischen Raumes. Die Entwicklung des Prozesses der nationalen Selbstbehauptung in Lateinamerika findet ihren Ausdruck in den Erfolgen der revolutionären Entwicklung Kubas; in der Zerschlagung der imperialistischen Blockade gegen dieses Land; in der wachsenden Koordinierung der fortgeschrittenen Teile Lateinamerikas mit den übrigen Völkern Asiens und Afrikas; in der Politik der Verstaatlichung in Ländern, deren Bodenschätze ihnen jahrhundertlang geraubt wurden; im unabhängigen Profil, das die Nationen des Kontinents in der internationalen Arena gewinnen. Diese Faktoren eröffnen der lateinamerikanischen Volksbewegung ermutigende Perspektiven und definieren die gemeinsamen Züge ihres Befreiungskampfes, der sich in den weltweiten Rahmen des Kampfes um eine neue Weltordnung einreicht.

Die gewaltige weltweite Bewegung der Solidarität mit dem chilenischen Volk und der Abscheu gegen die Militärjunta sind ein machtvoller Ansporn im Kampf für die Befreiung unseres Landes.

### Entscheidender Faktor des revolutionären Kampfes

3 Konfrontiert mit dem Faschismus, dessen Ziel die organisatorische und politische Zerstörung der Arbeiterklasse und des Volkes ist, haben die chilenische Volksbewegung und ihre Anhänger in dieser kritischen Periode ihre enorme Stärke, Organisiertheit und revolutionäre Überzeugung bewiesen. Die Kraft und Entschlossenheit, mit der sie sich der Politik der Diktatur sowohl im ökonomischen Kampf als auch in der Verteidigung der Menschenrechte und der Kultur auf allen Gebieten widersetzen, erheben die Volksbewegung zum aktivsten und entscheidendsten Faktor des demokratischen und antifaschistischen Widerstands.

Die revolutionären, demokratischen und Volkskräfte bestätigen durch ihre Existenz die historische Richtigkeit ihrer Sache. Es kann nicht geleugnet werden, daß der faschistische Putsch eine tiefgreifende, wenn auch zeitweilige Niederlage der Volksbewegung bewirkt hat. Andererseits haben Fehler in der Führung des Prozesses zu dieser übergehenden Niederlage beigetragen. Dies alles ändert jedoch nichts daran, daß der von der Unidad Popular eingeleitete Prozeß richtig und gesellschaftlich notwendig war.

Die Volksregierung verwirklichte eine riesige Aufgabe von Umwälzungen, die sich gegen das kapitalistische Regime in Chile und die Vorherrschaft des Imperialismus in unserer Hemisphäre richteten. Die strategischen Ziele der Volksbewegung bleiben gültig: Der Kampf gegen den Imperialismus, die Monopole und die Großgrundbesitzer und für den Beginn des Aufbaus des Sozialismus im Lande.

Die endgültige Lösung der vom kapitalistischen System in Chile hervorgebrachten und durch eine rückständige und oligarchische Politik verschärften Probleme wird nur im Rahmen sozialistischer Produktions- und Verteilungsverhältnisse erreicht werden können. Das demokratische Bündnis des Volkes, das heute entwickelt werden muß, ist politisch, sozial und ideologisch viel umfassender als die Unidad Popular. Dies bedeutet nicht, die Unidad Popular sei überholt und ihre Prinzipien seien nicht länger gültig. Im Gegenteil, das von uns geforderte breite Bündnis kann nur in dem Maße errichtet werden, in dem wir die Einheit unserer Parteien auf einem neuen Niveau festigen und entwickeln sowie politische und programmatische Übereinstimmungen suchen, die sich gegen die Junta abgrenzen.

Die Festigung der Unidad Popular wird es ermöglichen, das Kampfpotential unseres Volkes zu vergrößern, mit verstärkter Kraft Initiativen zu entwickeln, die der Lösung aller Aufgaben Impulse verleihen. Sie wird die Bedingungen schaffen, um den ökonomischen, den ideologischen und den offenen politischen Massenkampf zu verstärken.

Dieser Kampf wird es möglich machen, den vielen gesonderten Aktionen der verschiedenen Teile des Volkes gegen die Diktatur Geschlossenheit und Zusammenhang zu verleihen. Indem wir die illegale politische Arbeit ausweiten und ihr einen Massencharakter verleihen, schaffen wir eine unabdingbare Voraussetzung für den Übergang zu direkteren Formen des ökonomischen und politischen Kampfes.

### Widerstand wird aktiviert

4 In der Perspektive der Erfüllung ihrer strategischen Ziele steht die Volksbewegung heute vor einer Hauptaufgabe: die faschistische Junta zu zerschlagen. Breitere Bevölkerungsteile als diejenigen, die die Basis der Unidad Popular bildeten, verfolgen dieses Ziel ebenfalls, und zwar in dem Maße, wie sie die wahre Natur dieses Regimes erkennen. Das organisierte Volk hat einen größeren Aktionsradius. Es bietet allein jenen sozialen Schichten eine klare und fest umrissene Perspektive, denen die „soziale Marktwirtschaft“ und die Junta, die diese Politik praktiziert, alle Entwicklungsmöglichkeiten versperrt.

Das chilenische Volk verleiht verstärkt seiner antifaschistischen Einstellung Ausdruck. Die Gewerkschaften kämpfen darum, die Geschlossenheit ihrer Organisationen zu erhalten sowie ihre verlorenen Errungenschaften wiederzugewinnen. Der illegale Kampf der politischen Organisationen der Linken ist eng mit den Aktionen der Massenorganisationen verbunden, die sich entwickeln und der erbarmungslosesten Repression widerstehen. Die Studenten und Intellektuellen ringen um Gedankenfreiheit und für ein freies und pluralistisches Bildungswesen. Verschiedene Institutionen mit freiheitlichem und humanistischem Charakter gaben der Verteidigung der Menschenrechte neue Impulse.

Heynowski & Scheumann widmen ihren Kurzfilm „Geldsorgen“ Luis Corvalán. Auszüge aus dem Text- und Montagebuch:

15. (General Cano beim Interview Originalton unterteilt)

Herr General, viele Banknoten werden aus dem Verkehr gezogen. Weshalb? Können Sie uns solche Scheine zeigen?

Ja, also Banknoten... Wie soll ich es ausdrücken... Über die Ausnahmazonen der Garnisonen gaben wir Befehl, daß Scheine

umgetauscht werden müssen, die Bemerkungen gegen die Streitkräfte oder die Regierung tragen.

16. (Hand Canos nimmt Geldschein auf)

Hier z. B. wird die Junta als Junta von Dieben bezeichnet, was, wie Sie begreifen, nicht der Wahrheit entspricht. „Chilene, wach auf!“, „Unser Land soll sein wie Kuba!“

36. (General Cano beim Interview, Originalton unterteilt)

Das ist sogar eine billige Form von Propaganda, die alle Kreise erreicht. Sie verschärfte sich, weshalb wir den Umlauf solcher Scheine verboten haben. Man muß sie in der Zentralbank umtauschen, damit wir uns im In- und Ausland richtig darstellen.



37. (Farbaufnahme: 500-Escudo-Schein) „Wir haben eine Schlacht verloren. Aber nicht den Krieg.“

Die kleinen und mittleren Unternehmer erheben wachsenden Protest gegen eine Politik, die sie in den Ruin führt. Unter den Arbeitern und in der Bevölkerung entwickeln sich die verschiedensten Formen des gegenseitigen Beistands, um die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit und des Hungers zu mildern.

All dies sind Zeichen des wachsenden Widerstands unseres Volkes gegen die Diktatur, die mit jedem Tag stärker werden. In ihnen verkörpert sich die Einheit aller Chilenen, ungeachtet ihrer ideologischen Differenzen und der Gründe, die in der Vergangenheit dazu beitrugen, daß sie sich auf verschiedenen Seiten gegenüberstanden haben. Die Volkskräfte besitzen genügend moralische Autorität, um in diesem Augenblick des nationalen Schmerzes und des Elends ihr richtiges und bestimmendes Wort sagen zu können: Die historische Wahrheit.

Um die Diktatur zu stürzen, betrachtet es die Unidad Popular als unabdingbar, daß sich die zum Kampf gegen das faschistische Regime entschlossenen Kräfte auf neuen programmatischen Grundlagen sammeln. Es wird eine Organisation sein, die auf einer breiten sozialen Basis beruht und tiefgreifende Ziele ansteuert; eine Organisation, die die humanistischen Werte von Christen, Freidenkern und Marxisten einschließt; eine Organisation mit einem höheren ideologischen Weltbild; eine Organisation, in der die Beziehungen zwischen den Mitgliedern wahrhaftig, ehrlich und gleichberechtigt sind; eine Organisation, in der gleichermaßen die historischen Ziele der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen in Betracht gezogen und die Interessen aller in ihr vertretenen Kräfte berücksichtigt werden. In diesem neuen patriotischen, revolutionären und freiheitlichen Unterfangen fällt

heute und für die Zukunft einen Platz im Kampf für den Sturz der Junta sowie für die Errichtung einer neuen Gesellschaft.

#### Bekanntnis zur Einheit aller Linken

Wir bekräftigen unseren Willen nach einer Politik der Einheit mit denjenigen Kräften der Linken, die nicht zur Unidad Popular gehörten und mit denen wir Meinungsverschiedenheiten in strategischen und taktischen Fragen hatten. Die bedeutendste unter diesen Kräften, die MIR, wird wie die gesamte Volksbewegung heftig verfolgt. Die antifaschistische Einheit mit der MIR ist möglich auf der Grundlage einer gemeinsamen Politik, die jeglichen spaltenden und eine Alternative verfolgenden Versuch ausschließt und die von den christlichen Massen eine aktive Rolle an der Seite der übrigen Organisationen des Volkes zu. Sie haben für

gegenseitiger Achtung geprägt ist. Die Tatsachen haben bewiesen, daß jede konsequente demokratische Haltung unvermeidlich zur Konfrontation mit der Politik der Junta führt. In der letzten Zeit konnte dies besonders deutlich an den Massenorganisationen beobachtet werden. Unter den Christdemokraten haben sich Positionen herausgebildet, die eine Aktionseinheit gegen die Diktatur begünstigen.

Verschiedene Persönlichkeiten entwickelten Initiativen, die gegen die Junta gerichtet waren. Ein Beispiel dafür war das Seminar von Colonia Tovar in Caracas, auf dem Mitglieder und Persönlichkeiten der Christdemokraten und der Unidad Popular gemeinsam zu der Erkenntnis gelangten, daß Kräfte gesammelt werden müssen, um die Diktatur zu schlagen. Dabei darf keine Partei der chilenischen Linken ausgeschlossen werden.

Wir verkünden erneut, daß unsere Politik darauf gerichtet ist, die Bedingungen zu schaffen, die gemeinsame Aktionen ermöglichen. Die Einheit wird sich im gemeinsamen antifaschistischen Kampf und in der ideologischen und politischen Diskussion festigen, die es ermöglicht, programmatische Übereinstimmungen zu finden. Die antifaschistische Praxis wird der einzige Maßstab für die demokratische Konsequenz jedes einzelnen sein.

### Entwicklung einer breiten Massenbewegung

5 Der Sturz der Junta und die Wiederherstellung neuer demokratischer und volksverbundener Formen kann ohne einschneidende Kämpfe nicht erreicht werden. Die Volksbewegung wird jede Möglichkeit nutzen, den Faschismus zu zerschlagen. Ungeachtet jedoch, welche Kampfformen angewandt werden, ist und bleibt die Entwicklung einer breiten Massenbewegung Voraussetzung und Erfordernis unserer Bewegung.

Eine vorrangige Aufgabe ist die Neuformierung sowie die Stärkung der in Jahren des Kampfes des chilenischen Volkes geschaffenen Organisationen. Aus diesem Grunde schätzen wir die Erfolge bei der Aktivierung der Gewerkschaftsbewegung, der CUT und ihrer Föderationen, sowie der Bauernorganisationen hoch ein. Diejenigen Organisationen, die im Verlauf des Widerstandes gegen die Diktatur entstanden sind, müssen gleichfalls Impulse erhalten. Außerdem ist es wichtig, allen Aktivitäten, die die Macht der Junta auf den verschiedensten Gebieten schwächen und untergraben, eine organisatorische Kraft zu verleihen.

### Für revolutionäre und demokratische Regierung

Die Schaffung einer realen Machtalternativen zur Diktatur erfordert es, ein demokratisches, revolutionäres und volksverbundenes Programm aufzustellen, das die Interessen des ganzen Volkes vertritt und auf folgende Hauptziele orientiert:

a) **Sturz der Militärunterjunta.** Die Kräfte, die sich verpflichtet haben, die Tyrannei zu stürzen, werden organisiert jede nur mögliche Initiative entfalten, um den Kampf an allen Fronten und auf allen Ebenen zu verstärken, so daß sich eine unaufhaltsame Massenbewegung entwickelt, die zum Sturz der Junta führen muß.

b) **Errichtung einer revolutionären, pluralistischen und demokratischen Volks-**

**regierung,** die es zu ihrer Hauptaufgabe machen wird, den Faschismus aus dem gesamten Gesellschaftsgefüge zu beseitigen, den ganzen Repressions- und Polizeistaat zu vernichten sowie alle faschistischen und an den Verbrechen am chilenischen Volk beteiligten Organisationen aufzulösen; dies wird eine Regierung sein, die unserem Land Stabilität und revolutionäre Veränderungen im Hinblick auf den Aufbau des Sozialismus garantiert.

c) **Inangriffnahme einer Reihe von ökonomischen Maßnahmen,** die das Land aus dem Bankrott und dem Chaos, in das es der Faschismus hineinmanövrierte, herausführen und seine kontinuierliche Entwicklung sichern werden. Das geschieht auf der Grundlage des nationalen Eigentums und der nationalen Kontrolle über die Rohstoffe, der Souveränität gegenüber dem ausländischen Kapital und der ausländischen Technologie sowie der Entwicklung und dem Schutz der nationalen Industrie, auf der Basis der Wiederherstellung der ökonomischen Errungenschaften, die das Volk in langen Kämpfen gewonnen hat, auf dem Fundament der Bodenreform, der Verstaatlichung der Monopole und der großen strategischen Unternehmen, der Rekonstruktion des staatlichen Wirtschaftssektors sowie der Verteidigung der Kaufkraft der Massen.

d) **Durchführung einer unabhängigen Außenpolitik,** die Chile den Platz der Würde und der Ausübung seiner Souveränität sichert, der dem Land im Kreise der Nationen gebührt und die es mit dem mächtigen Strom all jener Völker vereint, die für ihre ökonomische und soziale Befreiung kämpfen.

e) **Errichtung einer neuen Exekutive,** die die sozialen Veränderungen, die demokratische Erneuerung und die wirksame Kontrolle der Staatsführung durch die Mehrheit des Volkes mittels demokratischer Machtorgane, die Mitbestimmung der Werkstätigen und die Rechte des Volkes sichern und gleichzeitig die Rechte und Pflichten der kleinen und mittleren Eigentümer und Unternehmer gesetzlich schützen und die Hilfe für ihre Entwicklung unterstreichen soll.

f) **Verpflichtung für die tiefgreifende Veränderung der Streitkräfte und der Polizeieinheiten.** Dadurch soll jede Möglichkeit ihres Einsatzes gegen den neuen

Staat mit der Wurzel beseitigt und sie in Institutionen verwandelt werden, die im Dienste des Volkes stehen. Die Lösung von Präsident Allende, die Streitkräfte sollten „das Volk in Uniform“ sein, muß Wirklichkeit werden. Eine derartige Veränderung der Streitkräfte muß sich entwickeln, indem die Urheber und Anstifter des Putsches sofort entlassen und die Verantwortlichen für Verbrechen und Folterungen bestraft werden. Gleichzeitig müssen die demokratisch gesinnten, verfassungstreuen Militärs, die sich weigerten, Henker des Volkes zu sein, wieder in ihre Positionen eingesetzt werden. Die Angehörigen der loyalen Militärs, die in Verteidigung der Volksregierung ihr Leben gegeben haben, werden eine besondere Fürsorge erfahren.

6 Die Verstärkung des Massenkampfes ist heute der Hauptfaktor, der die gegenwärtige Situation verändern kann. Sie ist das wichtigste Element, das es ermöglicht, in der Praxis die von uns angestrebte antifaschistische Einheit hervorzubringen.

Wir rufen das chilenische Volk und seine repräsentativen Organisationen auf, dem Kampf gegen die Diktatur und gegen deren Politik mit erneuerter Kraft einen Impuls zu verleihen sowie an jeder Front spezifische Plattformen auf der Grundlage der folgenden Forderungen zu entwickeln:

### 1. Wiederherstellung der Menschenrechte und der demokratischen Freiheiten

a) Beendigung des inneren Ausnahmezustandes und des Belagerungszustandes;

b) Gültigkeit der individuellen und sozialen Garantien. Volles Recht der demokratischen und Volksparteien, ihre Tätigkeit auszuüben;

c) sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen und der von der Diktatur inhaftierten Angehörigen der Streitkräfte;

d) Rückkehr aller Emigranten;

e) Beendigung der Verfolgung, der Haft, der Folterungen, des Mordes und aller polizeilichen Übergriffe sowie sofortige Einleitung von Gerichtsverfahren gegen ihre Urheber;

f) Auflösung der DINA und der übrigen Repressionsorgane und Abschaffung der internen Denunziationssysteme



- in den Streitkräften;  
 g) Sorge des Staates für alle Angehörigen der Opfer der Repression;  
 h) Wiedererlangung des Rechts auf Versammlungs-, Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit sowie des Rechts auf Vereinsbildung und des Streikrechts;  
 i) uneingeschränktes Recht der Gewerkschaftsorganisationen auf Existenz und Ausübung ihrer Tätigkeit. Wiederherstellung aller ihrer Rechte und Ablehnung des Projekts des Arbeitsgesetzes;  
 j) Rückgabe des von der Diktatur enteigneten Besitzes der Massenorganisationen und der politischen Parteien;  
 k) Wiederherstellung der Autonomie der Universitäten; Bildungsfreiheit; sofortiger Ausschluß aller Agenten der Diktatur aus den Bildungszentren; Bildungsmöglichkeiten für alle Jugendlichen ohne politische und ökonomische Diskriminierung; breite und kostenlose Immatrikulation und Wiedereingliederung der vertriebenen Dozenten, Schüler und Studenten.

## II. Verteidigung des Lebensstandards des Volkes

- a) Kompensierung des Verlustes der Kaufkraft der Gehälter seit dem 11. September 1973;  
 b) Erhöhung der Löhne und Gehälter im Verhältnis zur realen Steigerung der Lebenshaltungskosten;  
 c) Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Wiedereinstellung der unter der Diktatur Entlassenen und Respektierung ihres Rechtes auf Leben und Arbeit in Würde;  
 d) Erhalt und Schaffung neuer Arbeitsplätze;  
 e) ausreichende und geeignete Ernährung für alle Chilenen. Frühstück und Mittagessen für alle Schulpflichtigen;  
 f) Eingliederung der ganzen Gesellschaft in die Systeme der Sozialversicherung und des Gesundheitswesens. Wiederherstellung des Rechts auf Renten- und Versicherungsschutz. Beendigung des Geschäftemachens mit der Gesundheit des Volkes;  
 g) Anpassung der regelmäßigen Beiträge an CORVI (einer Wohnungsbau-gesellschaft – die Red.) und der Dividenden der Spar- und Kreditinstitutionen an das Einkommen einer jeden Familie;  
 h) Recht auf Wohnung und Schluß mit dem Mietwucher;  
 i) Rückgabe der Ländereien, die die Bauern durch die Bodenreform erhalten hatten und die von der Diktatur an die Großgrundbesitzer zurückgegeben wurden; finanzielle und technische Unterstützung für Neubauern und kleine Landbesitzer; vorrangige Sorge für die Forderungen und Kämpfe der indianischen Bevölkerung und der Tagelöhner, der Pächter, der Saisonarbeiter, der Mieter, der Siedler und der Kleinbauern.

## III. Verteidigung der nationalen Souveränität und Wirtschaft

- a) Beendigung des Ausverkaufs unserer Bodenschätze an die imperialistischen Monopole und die multinationalen Gesellschaften;  
 b) Verurteilung der von der Militärjunta unterzeichneten Verträge und Verpflichtungen, die die nationale Würde beeinträchtigen, besonders der Entschädigungen für die Kupferunternehmen und die ITT, sowie Kampf für die Annullierung dieser Verträge;



- c) Rückgewinnung des staatlichen Eigentums, das nationalen und ausländischen privaten Gruppen in schändlichen Geschäften abgetreten wurde;  
 d) Mitbestimmung der Arbeiter an der Leitung und Kontrolle der öffentlichen Betriebe und Dienstleistungen;  
 e) breite Kredithilfe für die kleine und mittlere Industrie sowie für den Einzelhandel, Schutzmaßnahmen für alle jene Industriezweige, die für den direkten Verbrauch des Volkes produzieren;  
 f) Verteilung und Kommerzialisierung der Produkte mit festen Preisen und Zugang aller Bewohner zu diesen Produkten;  
 g) Wiederherstellung von Steuerermäßigungen, die die Freischaffenden und die kleinen Unternehmer begünstigen, sowie Abschaffung der regressiven Steuerreformen.  
 Dies sind die wichtigsten Forderungen, für deren Verwirklichung unser Volk unmittelbar organisiert kämpfen muß. Voraussetzung dafür – und darüber muß sich jeder im klaren sein – ist der Sturz der Diktatur. Erst dann können diese Forderungen im Interesse unseres Volkes verwirklicht und größere historische Ziele angesteuert werden.  
 7 Unsere Parteien haben allen Versuchen der Diktatur, sie zu vernichten, widerstanden, sie sind handlungsfähig und entwickeln sich in Chile mit jedem Tag weiter. Dessen ungeachtet muß die Volksbewegung sich weiter festigen, will sie ihrer großen Aufgabe sowohl im In- als auch im Ausland gerecht werden.  
 Diese Organisiertheit erfordert die enge Koordinierung der Tätigkeit unserer Parteien, von der Basis bis hin zu den obersten Führungsgremien. An jedem

Ort und an jeder Kampffront müssen sie um eine einheitliche Führung in enger Verbindung mit den Massenorganisationen ringen, die das Volk sich schafft, wie ebenso eine allgemeine politische Führung erforderlich ist, die in der Lage sein muß, alle verfügbaren Kräfte maximal einzusetzen sowie eventuelle politische Vereinbarungen mit anderen Schichten und Organisationen, die zum Kampf gegen die Diktatur bereit sind, zu treffen.

Die Erfordernisse des Kampfes verlangen aktive Beziehungen und die Koordinierung der Aktionen der im In- und Ausland organisiert auftretenden Kräfte. Um den Kampf außerhalb Chiles, die Solidarität und die Unterstützung bei der Befreiung unseres Landes effektiver zu gestalten, haben wir beschlossen, ein Politisches Kommando zu bilden sowie eine Organisationsstruktur zu schaffen, die mit der Führung im Inland verbunden sind.

Dieses Dokument bringt die übereinstimmenden Auffassungen unserer Parteien zum Ausdruck. Wir sind bereit, sie kollektiv und einheitlich sowie mit Nachdruck zu verwirklichen, und an den jeweiligen Führungen im Inneren des Landes – deren Mandat wir erfüllt haben – wird es sein, sie zu verwirklichen und durchzuführen.

Die Unidad Popular erneuert ihre völlige Gewißheit über den Sieg und verpflichtet sich einmal mehr, ihre gesamten Kräfte einzusetzen, um ihn zu erringen.

Diese politische Vereinbarung unterschreiben, für ihre Organisationen, in Berlin, der Hauptstadt der DDR, am 27. Juli 1975

### KOMMUNISTISCHE PARTEI CHILES

Orlando Millas                      Manuel Cantero                      Julieta Campusano

### ORGANISATION DER CHRISTLICHEN LINKEN

Bosco Parra                      Juan E. Miquel                      Rafael A. Gumucio

### PARTEI MAPU – Bewegung der einheitlichen Volksaktion

Oscar G. Garreton                      Lautaro Rojas                      José López

### PARTEI MAPU/ARBEITER UND BAUERN

Jaime Gazmuri                      José M. Insulza                      Juan C. Concha

### RADIKALE PARTEI CHILES

Anselmo Sule                      Benjamin Teplisky                      Carlos Parra

### SOZIALISTISCHE PARTEI CHILES

Carlos Altamirano                      Adonis Sepulveda                      Clodomiro Almeida

Vom 9.-13. Juni 1975 fand in Havanna, der Hauptstadt Kubas, eine Konferenz der Kommunistischen und Arbeiterparteien Lateinamerikas und der Karibik statt. Mit der Teilnahme von Parteien aus 24 Ländern war diese Konferenz das repräsentativste Treffen in der Geschichte der kommunistischen Bewegung dieses Subkontinents. Die Ergebnisse dieser Beratung wurden zusammengefaßt in einer Abschlusserklärung mit dem Titel "Lateinamerika im Kampf gegen Imperialismus, für nationale Unabhängigkeit, Demokratie, Wohlstand des Volkes, Frieden und Sozialismus", die wir auszugsweise wiedergeben (im vollen Wortlaut siehe Informations Bulletin, Wien, Nr.13/1975).

Kennzeichnend für dieses Dokument ist zum einen sein umfassendes Herangehen an die in den letzten zehn Jahren eingetretenen Veränderungen im sozialökonomischen und politischen Leben Lateinamerikas, seine gründliche Auswertung der neueren Erfahrungen des Befreiungskampfes (besonders der Beispiele Kubas, Chiles und Brasiliens), sodann seine Einschätzung der gewandelten internationalen Lage und deren - begünstigende - Einwirkung auf die Kampfbedingungen der revolutionären Bewegung Lateinamerikas.

Zum anderen verleiht die Tatsache, daß diese Deklaration kollektiv erarbeitet, einmütig gebilligt und als verbindliche politische Orientierung aufgefaßt wurde, diesem Beratungsdokument eine außergewöhnliche Bedeutung. Dazu Kubas Ministerpräsident Fidel Castro: "Es besteht eine feste Einheit der Ansichten dieser Parteien in allen sie gemeinsam berührenden Fragen... Kein Zweifel, daß die kommunistische Bewegung in Lateinamerika die weitestverbreitete und homogenste politische Kraft der ganzen westlichen Hemisphäre darstellt."

Aus der umfangreichen Deklaration von Havanna wählten wir jene Hauptabschnitte aus, die einen Überblick über die ökonomische und soziale Lage Lateinamerikas geben, die sich mit der Entwicklung der verschiedenen sozialen Kräfte, mit neuen Aspekten der Bündnispolitik sowie mit wesentlichen Fragen der revolutionären Strategie und Taktik beschäftigen.

## Erklärung der Kommunistischen Parteien Lateinamerikas und der Karibik – Juli 1975

### I.

150 Jahre nach der Schlacht von Ayacucho, dem Symbol des Niedergangs des spanischen Kolonialismus auf dem Kontinent, ist das Ziel der Helden unseres Befreiungskampfes – die völlige und endgültige Unabhängigkeit unseres Amerika – noch nicht erreicht worden.

(...)

#### Elend der Völker – Resultat imperialistischer Ausbeutung

Das Bild des Elends, der wirtschaftlichen Rückständigkeit, des Analphabetentums, der mangelhaften Gesundheit und des Nichtachtens der Menschenrechte, der willkürlichen Beschneidung der nationalen Entscheidungsfähigkeit kennzeichnet die Situation in den meisten Ländern Lateinamerikas und betrifft auch die Mehrheit der Bevölkerung der ökonomisch am weitesten entwickelten Gebiete. Dabei könnte Lateinamerika mit seinen 320 Millionen Einwohnern und seinen gewaltigen Naturreichtümern eine der fortgeschrittensten Zonen der Welt sein. Mehr als 100 Millionen Lateinamerikaner aber sind ungenügend ernährt. 36 Millionen, davon 15 Millionen Kinder, sind beängstigend unterernährt. Mehr als ein Fünftel der Bewohner des Kontinents lebt in Ländern, in denen der durchschnittliche Kalorien- und Proteinverbrauch unterhalb des notwendigen Minimums liegt. Während in entwickelten kapitalistischen Ländern 20 von



1000 Kindern im ersten Lebensjahr sterben, sind es in Haiti 230, in einigen Gebieten Brasiliens 180, in São Paulo, dem bedeutendsten Industriezentrum Lateinamerikas, 90; in Chile starben bis 1973 von 1000 neugeborenen Kindern 79. Jetzt ist diese Zahl wieder im Wach-

sen begriffen. Mit Ausnahme Kubas – hier liegt der Durchschnitt unter 30 – sind es in Lateinamerika durchschnittlich nicht weniger als 66 Kinder von 1000, die das erste Lebensjahr nicht erreichen. Es gibt Länder, in denen der registrierte Analphabetismus 27 Prozent beträgt. Die

realen Zahlen des tatsächlichen Analphabetentums sind aber viel höher, besonders in Ländern, in denen nicht einmal geschätzte Informationen darüber vorliegen. Man nimmt an, daß über 12 Millionen Kinder keine Grundschule besuchen. Und von denen, die angemeldet sind, bleiben 50 bis 80 Prozent dem Unterricht fern. Kaum ein Drittel der Grundschüler wird in die Mittelschulen übernommen und weniger als 9 Prozent der Bevölkerung zwischen 20 und 24 Jahren nehmen ein Universitätsstudium auf. Viele Absolventen, Opfer der Arbeitslosigkeit und der niedrigen Löhne, erliegen den Verlockungen und gehen in die Vereinigten Staaten. Das kommt einem Raub von Talenten gleich. Die Arbeitslosigkeit mit ihren vielfältigen Erscheinungen ist eines der schlimmsten sozialen Übel. Sie schwankt nach offiziellen Angaben zwischen 10 und 25 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung. In dieser Zahl sind nicht die Millionen Frauen enthalten, die eine produktive Tätigkeit aufnehmen könnten oder aus wirtschaftlichen Gründen anstreben. Sie enthält auch nicht die anderen Millionen Lateinamerikaner, die durch die Verelendung der Familienwirtschaften auf dem Lande unter einer verdeckten Arbeitslosigkeit leiden.

In Lateinamerika werden nach wie vor hauptsächlich landwirtschaftliche Güter und mineralische Rohstoffe produziert. Von 1950 bis 1970 stieg der Prozentsatz des industriellen Bruttoerzeugnisses für den Inlandverbrauch nur von 18,7 auf 25,2 Prozent. Diese allgemeinen Angaben geben nicht die reale Lage in der Mehrheit der Länder wieder, denn auch der bedeutende ökonomische Anteil solcher Länder wie Argentinien, Brasilien und Mexiko ist darin enthalten. Die Industrieproduktion dieser Staaten liegt weit über dem Durchschnitt der anderen Länder Lateinamerikas. Charakteristisch für den industriellen Sektor ist in den meisten Fällen der technische Rückstand, die niedrige Produktion, die geringe Arbeitsproduktivität und die ungenügende Ausnutzung der Ressourcen. In einigen Ländern, besonders in denen des Gemeinsamen Zentralamerikanischen Marktes und des karibischen Raumes, sind der größte Teil der installierten Industriekapazitäten Filialen imperialistischer Monopole. Sie beschränken sich auf die Endfertigung der Produkte. So wurden viele Betriebe allein deshalb geschaffen, um billige Arbeitskräfte auszunutzen und die Produkte in die Vereinigten Staaten zu exportieren. Das ist ein weiterer Faktor der Abhängigkeit und der Deformierung unserer Wirtschaften.

Das Eindringen kontinentaler Konsortien in einen Teil der lateinamerikanischen Landwirtschaft führte zu modernen Formen der Ausbeutung und zu neuen Methoden, um unseren Ländern ihre natürlichen Ressourcen zu rauben. Dies führt zu einer noch größeren Abhängigkeit vom Monopolkapital der Vereinigten Staaten.

Die wirtschaftlich-soziale Struktur des lateinamerikanischen Raumes weist unterschiedliche und widersprüchliche Entwicklungsstufen auf. Einerseits hat sich die land- und viehwirtschaftliche Produktion, die für den Export bestimmt ist, stark erhöht und technisch entwickelt. Andererseits gibt es nach wie vor rückständige Formen der Bodennutzung. Millionen von Landarbeitern leben unter Bedingungen des Elends und der Ausbeutung. Eine der Hauptursachen für

diese Lage ist der monopolistische Bodenbesitz der Latifundistas sowie der nationalen und ausländischen kapitalistischen Unternehmen. Gleichermaßen hoch ist die Zahl der Kleinstandeigentümer, deren Produktion sehr niedrig ist und die nur schwach an der Warenzirkulation beteiligt sind.

Der Boden ist mit wenigen Ausnahmen genauso ungleich verteilt wie zu Beginn der Unabhängigkeitskämpfe. Die Situation hat sich eher noch zugespitzt. Weniger als 8 Prozent der Latifundistas besitzen 85 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche. Millionen landloser Bauern sind gezwungen, ihre Arbeitskraft zeitweilig zu verkaufen oder in die Städte abzuwandern. Das verschlimmert die Lebensbedingungen der ländlichen Bevölkerung. Das Eindringen der Monopole verschärft die Krise in der Landwirtschaft. Darin und nicht in der „Bevölkerungsexplosion“ ist der Hauptgrund der Lebensmittelknappheit zu sehen.

Die Rückständigkeit ist in den Ländern mit einer beträchtlichen Urbevölkerung noch krasser. Mehr als 30 Millionen Ureinwohner – in den verschiedensten ethnischen und sprachlichen Gemeinschaften zusammengeschlossen – sind nicht nur Objekt der schamlosesten Ausbeutung. Sie leiden außerdem unter den Auswirkungen der Politik der Zwangsassimilierung und der nationalen und kulturellen Diskriminierung, die vom Imperialismus und von den Oligarchien betrieben wird. Bekanntlich rotteten die Kolonialisten und ihre Nachfolger systematisch die eingeborene Bevölkerung aus, die heldenhaft für ihre Freiheit und das Fortbestehen ihrer Kultur gekämpft hat. Diese Kämpfe sind gegenwärtig Bestandteil des gesamten Ringens unserer Völker. Auch heute gibt es noch Fälle von Völkermord an den Eingeborenen in Brasilien, in Paraguay und in anderen Ländern.

Die Ideologen des Imperialismus und ihre einheimischen Lakaien behaupten, daß die beste Hilfsquelle, die Lateinamerika für seine Entwicklung benötigt, ausländische Privatinvestitionen sind. Aber die ältere und neuere Geschichte Lateinamerikas bestätigt, daß die ausländischen Investitionen, insbesondere die der USA, nur dazu gedient haben, unsere Länder auszubeuten. Die jährlichen Gewinne aus den Investitionen auf dem Erdölsektor schwanken zwischen 20 und 30 Prozent. Die Gewinne aus anderen Zweigen – der Bergbau- oder Industrieproduktion – sind nicht viel geringer. Die Investitionen der USA-Imperialisten in Lateinamerika amortisieren sich in den ersten Produktionsjahren. Die weiteren ökonomischen Aktivitäten verwandeln sich in einen erbarmungslosen und steuerfreien Entzug der Reichtümer. Diese Superausbeutung zeigt sich besonders auf finanziellem Gebiet. Flossen 1950 700 Mill. Dollar ins Ausland, so stieg die Summe 1974 auf mehr als 9,2 Mrd. Dollar – einschließlich der Zinsen. Zwischen 1960 und 1969 überschritt der Profit der Filialen der USA-Monopole in Lateinamerika mit 6,7 Mrd. die Höhe des Kapitalexports in unsere Länder.

In der ersten Zeit der imperialistischen Präsenz auf unserem Kontinent wurde hauptsächlich in Bergbau oder in landwirtschaftlichen Unternehmen investiert. Diese Zweige waren relativ wenig industrialisiert (Zuckerproduktion, Bananenplantagen, Kühlhäuser, Transportwesen). Danach gelang es den Imperialisten,

die öffentlichen Dienste unter ihre Kontrolle zu bringen, insbesondere die Energiewirtschaft und das Nachrichtenwesen. Und sie beherrschten wichtige Finanzzentren. Gegenwärtig nehmen sie die Schlüsselpositionen in der Industrie sowie im Innen- und Außenhandel ein und kontrollieren die wichtigsten Massenkommunikationsmittel.

Die großen kontinentalen Vereinigungen, die sich zu mächtigen Interessengruppen Lateinamerikas zusammengeschlossen haben, vergrößern und vertiefen die Abhängigkeit unserer Länder, indem sie ihr Monopol in der fortgeschrittenen Technologie und bei wichtigen Rohstoffen ausnutzen.

Der grundlegende Wandel in der Welt, in der auch die Kämpfe in den Ländern unseres Kontinents nicht wirkungslos bleiben, zwingt den Imperialismus, alle seine Möglichkeiten einzusetzen, um neue und ausgeklügeltere Formen der Durchdringung und der Herrschaft zu entwickeln. Die Assoziation des inländischen mit dem imperialistischen Kapital, die zu gemischten Betrieben führt, entspricht den imperialistischen Interessen. Das ist eine Methode, um der Nationalisierung entgegenzuwirken und es den Monopolen – besonders den nordamerikanischen – zu ermöglichen, die lokalen Reichtümer und die jeweilige Gesetzgebung zu nutzen, ihre eigenen Vorteile zu vergrößern, jede Verteidigungsmaßnahme wirkungslos zu machen und die Unternehmeh mit assoziiertem Kapital zu beherrschen.

Damit kontrollieren sie Gesellschaften, die einen nationalen Anstrich haben. Sie eignen sich den größten Teil der Einnahmen durch Patente, Nutzungsrechte und andere Privilegien an. Eine betrügerische Buchhaltung überbewertet Rohstoffe und Maschinen, die von Muttergesellschaften im Ausland geliefert werden und unterbewertet die Fertigprodukte, die an dieselben Muttergesellschaften verkauft werden.

Es wird auch das System der „gebundenen Kredite“ ausgenutzt, die von Finanzkreisen wie der Interamerikanischen Bank für Entwicklung, der Weltbank und vom Internationalen Währungsfonds besonders Betrieben der öffentlichen Dienste (Energiewirtschaft, Nachrichtenwesen, Eisenbahn, Wasserversorgung usw.) gewährt werden. Und diese verpflichten sich, die durch die ständig steigenden Tarife erzielten Einnahmen für die Rückzahlung zu verwenden. All das vergrößert die Auslandsverschuldung, erhöht die Inflationsraten, verteuert die Lebenshaltung und führt zu neuen Steuern bei gleichzeitigem Sinken der Reallöhne. Letzten Endes führt das zu einer wachsenden Entnationalisierung dieser Betriebe und stellt ihre Autonomie in Frage.

## VI.

(...)

Wir Kommunisten sind der Auffassung, daß der Sozialismus das einzige System ist, das die richtige Entwicklung Lateinamerikas in dem beschleunigten Tempo, wie es unsere Länder benötigen, garantiert. Kuba bewies seinen Brudervölkern, daß es in unserer Epoche möglich ist, mit dem Aufbau des Sozialismus unter den Bedingungen des amerikanischen Kontinents zu beginnen. Wir sehen seine siegreichen Errungenschaften. Unwiderruflich ist der Sozialismus unser Ziel. Wir Kommunisten verstehen jedoch, daß der Sozialismus in allen lateinamerikani-

schen Ländern unmittelbar nur verwirklicht werden kann durch eine Periode intensiver Kämpfe und radikaler Umwandlungen, durch die direkten Erfahrungen der Arbeiter und durch den konsequenten und hartnäckigen ideologischen Kampf aller, die den Sozialismus anstreben. Damit können die ideologischen Deformationen und Verwirrungen – von den vom Imperialismus und der Oligarchie beherrschten Kommunikations- und Bildungsmedien in Teile der Volkskräfte Lateinamerikas hineingetragen – überwunden werden.

Gleichzeitig wird offensichtlich, daß die lateinamerikanischen Völker keinen echten Fortschritt erreichen werden, wenn sie den Repräsentanten der mit dem Imperialismus verbündeten Klassen und Kreise nicht die Macht entreißen. Es wird auch nicht möglich sein, in unseren Ländern wesentliche sozialökonomische Veränderungen zu erreichen – und schon gar nicht den Sozialismus zu verwirklichen –, ohne die Unterdrückung durch die USA in allen unseren Ländern und die Herrschaft der internationalen Konzerne zu beseitigen.

Der Kampf um Demokratie für die Volksmassen, für dringende, strukturelle Veränderungen und für den Übergang zum Sozialismus ist untrennbar verbunden mit dem Kampf gegen die Monopole und den Imperialismus, der über unseren Reichtum verfügt und die Oligarchie und ihre Regierungen aushält und unterstützt.

#### Antiimperialistische Strategie und Taktik

Da der USA-Imperialismus der gemeinsame Hauptfeind ist, kann für jene, die die Revolution Lateinamerikas als eine Revolution begreifen, die den Sozialismus als Endziel hat, die Strategie und Taktik nur antiimperialistisch sein. Wir Kommunisten werten deshalb die politische Haltung der anderen lateinamerikanischen Kräfte grundsätzlich an ihrem Verhalten gegenüber diesem Feind. Ohne den Kampf für die demokratischen Rechte und den Aufbau neuer Strukturen in unseren Ländern zu vermindern, sind wir Kommunisten bereit, die lateinamerikanischen Regierungen dann zu unterstützen, wenn sie unsere natürlichen Ressourcen schützen oder die internationalen Konzerne, die täglich ihre Herrschaft über unsere Wirtschaft zu verstärken und auszubauen versuchen, in die Schranken weisen.

Gewiß sind die Verteidigungsmaßnahmen für die nationale Wirtschaft nicht immer mit einer echten antiimperialistischen Politik verbunden. In einigen Fällen handelt es sich um einen bürgerlichen Nationalismus, der die innere soziale und ökonomische Ordnung nicht verändern will und die betreffende Regierung auch nicht in die Lage versetzt, zu den wichtigen Problemen unserer Zeit eine fortschrittliche Position zu beziehen. Der Nationalismus kann zu einem revolutionären und antiimperialistischen Standpunkt gelangen, wenn die Volkskräfte in entscheidendem Maße in den Kampf eingreifen und wenn sich die Widersprüche zwischen den nationalistischen Regierungen und dem Imperialismus zuspitzen.

Es gibt Länder, in denen die Verteidigung der Naturreichtümer und die Anstrengungen zur Rückgewinnung der Wirtschaft aus den Händen der internationalen Unternehmen wirksam mit Programmen der gesellschaftlichen Um-

wandlungen verbunden sind. Dort, wo die Regierungen über die Nationalisierung jener Reichtümer hinausgehen, die sich der Imperialismus widerrechtlich angeeignet hatte, und Programme zur Entwicklung der nationalen Wirtschaft durchsetzen wie in Peru – können die Kommunisten diese Maßnahmen ehrlich und entschlossen unterstützen. Obwohl die Kommunisten eine andere Vorstellung von der gesellschaftlichen Entwicklung haben, als jene Programme vorsehen, dürfen sie diesen Positionen der Regierungen ihre Hilfe nicht versagen. Das darf auch kein Hindernis sein, die Zukunftsprobleme gemeinsam zu lösen. Der antiimperialistische Kampf, der zur endgültigen Unabhängigkeit Lateinamerikas führen wird, ermöglicht und verlangt die Teilnahme der breitesten gesellschaftlichen Kräfte. Hierbei kommt der Arbeiterklasse die führende Rolle zu. Die werktätigen Bauern sind ihre natürlichen Verbündeten. Das sind jene Klassen, die die tiefgehendsten Umwandlungen anstreben.

Obwohl Lateinamerika noch vom Imperialismus beherrscht wird und von ihm abhängig ist, hat die kapitalistische Entwicklung zu bedeutenden Veränderungen in der sozialen Zusammensetzung der einzelnen Länder geführt.

Auffallend ist das Anwachsen der Arbeiterklasse in Stadt und Land. Die Zahl der Lohnarbeiter überschreitet die 50-Millionen-Grenze. Sie umfaßt mehr als 60 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung. Etwa die Hälfte dieser Lohnarbeiter sind Landarbeiter. Auch hat sich die Struktur der Arbeiterklasse verändert; ihre Konzentration in großen Betrieben hat zugenommen. All diese Erscheinungen unterstreichen die wachsende Rolle des Proletariats als bedeutsame produktive und sozialpolitische Kraft.

Gleichzeitig verbessert die Arbeiterklasse ihre Organisation. Sie zeigt sich als soziale Kraft, die in der Lage ist, in verschiedenen Ländern Lateinamerikas das politische Bild zu bestimmen. Das

Proletariat ist auf dem Wege, ebenfalls Hauptbindeglied der übrigen gesellschaftlichen, demokratischen und antiimperialistischen Kräfte zu werden.

Der Kampf um die endgültige nationale Befreiung und die wirtschaftliche Unabhängigkeit geht einher mit einem intensiven Klassenkampf gegen kapitalistische Ausbeutung und vor allem gegen die in- und ausländischen Monopole und den Großgrundbesitz. Unter dem Joch des Kapitals wächst der Grad der Ausbeutung der Arbeiterklasse. In vielen Gebieten Lateinamerikas werden Hungerlöhne gezahlt. Der Teil des Nationaleinkommens, den die Arbeiterklasse erhält, verringert sich ständig. Infolge der Inflation und der permanent steigenden Lebenshaltungskosten sinkt der Reallohn.

Die an heroischen und kämpferischen Aktionen der Arbeiterklasse reichen Erfahrungen der revolutionären Bewegung Lateinamerikas beweisen, daß sie darüber hinaus fest die Prinzipien der Solidarität mit dem Kampf der anderen Völker gegen den Imperialismus, für den Sieg der nationalen Befreiungsrevolution, für Demokratie und Sozialismus verkörpert.

Die kapitalistische Entwicklung vergrößert außerdem die soziale Reservearmee. Sie setzt sich aus Millionen Arbeitslosen und landlosen Bauern zusammen, die die ländlichen Gebiete verlassen und die großen Städte des Kontinents bevölkern.

Die Landarbeiter, die Halbproletarier, die landlosen Bauern, die kleinen Eigentümer, die Halbpächter und alle verarmten Landbewohner bilden eine mächtige Gruppe. Sie wollen die Bodenbesitzverhältnisse revidieren und das wirtschaftliche und politische Leben in unseren Ländern tiefgreifend verändern. Die Ausbeutung und das Elend, unter denen sie leben, sind die Ursache vielfältiger Klassenausinandersetzungen, die Teil des Befreiungskampfes unserer Völker sind.



Luis Miguel Valdes: Camero (Zuckerrohrarbeiter)

Die ungenügende Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft und die eingeengte industrielle Entwicklung verhindern die Eingliederung der neuen Arbeitskräfte, die durch die massenhafte Abwanderung der Landbevölkerung in die Städte frei werden. Das führt dazu, daß diese sozialen Schichten, die keine ständige Arbeit, keine Wohnung und keine Existenzmittel besitzen, zunehmen. Diese Bevölkerungsgruppen vegetieren in den Randgebieten der großen Städte. Das soziale Drama dieser Menschen, dieser Bewohner der „favelas“, „ranchos“ und „callampas“, der ärmlichen Hütten und der Elendsviertel, beweist überaus deutlich den ungerechten, ausbeutenden und unterdrückenden Charakter des Kapitalismus. Unter der Führung der Arbeiterklasse könnten große Teile dieser Massen dem demagogischen Einfluß kleinbürgerlicher Führer und reaktionärer Elemente entrissen werden. Diese Massen könnten auf das Ziel orientiert werden, nicht nur ihre brennenden Probleme zu lösen, sondern sich dem antiimperialistischen und revolutionären Kampf anzuschließen.

### Große Aufmerksamkeit für Bündnispolitik

Die lateinamerikanische Wirtschaft hat eine umfassende Mittelschicht hervorgebracht. Zu ihr gehören nicht nur Handwerker und kleine Händler, sondern auch die Angehörigen des immer bedeutender werdenden Dienstleistungsgewerbes. Die soziale Instabilität regt diese Schicht ebenso wie die Studenten, Intellektuellen und Techniker zur politischen Aktivität an. In einigen Fällen stoßen die Mittelschichten zur kommunistischen Avantgarde und zu den demokratischen und antiimperialistischen Bewegungen, oder sie bilden typisch kleinbürgerlich-radikale Gruppen. In anderen Fällen bilden sie reaktionäre Gruppen, die von der CIA durchsetzt und als Stoßtrupp von den Oligarchen ausgenutzt werden. In Chile spielten sie beim faschistischen Putsch eine wichtige Rolle. Diese Tatsachen unterstreichen die Notwendigkeit eines harten Kampfes, um die Mittelschichten für die Positionen des Proletariats zu gewinnen. Dabei wird die dynamische Rolle berücksichtigt, die ihnen in der Gesamtheit Lateinamerikas zukommt.

Das Beispiel der Regierungen, die sich heute in Lateinamerika dem Imperialismus entgegenstellen und die sich wirkliche nationale Programme vorgenommen haben, zeigt, daß sich der antiimperialistische Befreiungskampf in Lateinamerika auf andere soziale Schichten und Elemente stützen kann, die auf Grund ihrer widersprüchlichen Haltung zum Imperialismus zu Verbündeten der fortschrittlichen Kräfte werden und die man nicht unbeachtet lassen darf.

### Die Rolle der Bourgeoisie

Der ökonomische Prozeß in Lateinamerika hat zur Folge, daß der größte Teil der einheimischen Bourgeoisie mit dem Imperialismus eng verbunden und von ihm abhängig ist. Das traf einst in Kuba auf die Bourgeoisie der Zuckerindustrie und des Importhandels zu, und es gilt heute für einen großen Teil der Bourgeoisie in Mexiko, Argentinien, Kolumbien und Brasilien. Sie bezieht

Positionen, die mit der Herrschaft über die Wirtschaft durch imperialistische Monopole verbunden sind. Diese entnationalisierte Bourgeoisie verteidigt die Abhängigkeit und widersetzt sich einer antiimperialistischen Entwicklung. Sie bezieht eine solche Position sogar dann, wenn es zu Differenzen oder Zusammenstößen zwischen ihr und den imperialistischen Partnern kommt. Auch dann versucht diese Monopolbourgeoisie – das entspricht ihrer Klassenposition – die Probleme auf versöhnlicher Weise zu lösen. Gleichzeitig widersetzt sie sich den von den Regierungen unternommenen Versuchen, die die Länder erdrosselnden Fesseln der ausländischen Herrschaft zu zerbrechen. Einige Vertreter dieser Bourgeoisie vereinen sich mit den großen Latifundisten, mit denen sie wirtschaftlich verbunden sind. Damit wollen sie eine lokale proimperialistische Oligarchie schaffen, die gegen die Interessen der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der Mittelschichten sowie gegen andere bürgerliche Kreise, die an der Entwicklung eines inneren Marktes und am nationalen Fortschritt interessiert sind, gerichtet ist.

Diese historische Tatsache läßt nicht außer acht, daß es in der lateinamerikanischen Bourgeoisie nicht auch Kräfte gäbe, die auf Grund ihres Interessenwiderspruchs zum Imperialismus Positionen einnehmen, die mit denen des Proletariats, der Bauernschaft und der anderen nichtkapitalistischen Schichten der Bevölkerung im antiimperialistischen Kampf, für wirtschaftliche Unabhängigkeit und für die vollständige nationale Souveränität übereinstimmen. Diese bürgerlichen Kreise können deshalb an der demokratischen und antiimperialistischen Aktionseinheit mit dem Volke teilnehmen.

Die kommunistischen Parteien und alle anderen Kämpfer gegen den Imperialismus und für sozialen Fortschritt in Lateinamerika messen dieser Möglichkeit große Bedeutung bei. Sie berücksichtigen dabei die Tatsache, daß die progressive Bourgeoisie von unterschiedlicher Stärke ist und in den einzelnen Ländern mit unterschiedlicher Bedeutung wirksam wird. Dieses Element bildet einen unabdingbaren Bestandteil dieses komplexen, umfassenden und schwierigen Kampfes.

Es wäre ein Fehler, die Grenzen und die Schwankungen dieser bürgerlichen Kreise in bezug auf ihre Teilnahme am antiimperialistischen Prozeß zu übersehen. In Lateinamerika hat die Bourgeoisie schon längst die Möglichkeit ergriffen, die führende Rolle zu spielen. Diese kommt dem Proletariat zu. Die Bourgeoisie kann den neuen Unabhängigkeitskampf nicht bis zu Ende führen. Es ist jedoch wichtig, diese bürgerlichen Kreise, ihre Vertreter und ihre Organisationen in die breite Front des antiimperialistischen und antioligarchischen Kampfes einzubeziehen. Das kann aber niemals auf Kosten des entscheidenden Bündnisses der Arbeiter, der werktätigen Bauern und der Mittelschichten und auch nicht auf Kosten der Klasse des Proletariats zugunsten zeitweiliger Kompromisse erfolgen.

In vergangenen Jahren hat es tiefgreifende ideologische, politische und soziale Veränderungen bei bedeutenden Kräften gegeben, die in der Vergangenheit von der Oligarchie und dem Imperialismus ausgenutzt wurden. Das führte dazu, daß sie sich in Elemente des Fortschritts und sogar der revolutionären Möglichkeiten verwandelten.

### Die Streitkräfte und der revolutionäre Prozeß

Solche Veränderungen sind in den Streitkräften einiger lateinamerikanischer Länder festzustellen. In der revolutionären Bewegung, die sich unter Führung höchster Offiziere der Streitkräfte in Peru entwickelt, und in der von Führern der Nationalgarde begonnenen Bewegung, die sich in Panama vertieft, widerspiegelt sich sinnfällig die verschärfte allgemeine Krise des Systems der kapitalistischen Unterdrückung und die unaufhörliche Entwicklung des patriotischen Bewußtseins.

Dem Imperialismus fällt es jetzt schwerer zu behaupten, daß die innere Unterdrückung die nationale Souveränität und die territoriale Integrität rettet, aber nichts mit dem Fortbestehen der kleinen Minderheiten der einheimischen und ausländischen Privilegierten zu tun hat. Es wird für die USA und ihre OAS nicht leicht sein, lateinamerikanische Truppen einzusetzen, so wie sie es vor kaum zehn Jahren während der Intervention des USA-Imperialismus in der Dominikanischen Republik praktizierten. Dieser Angriff wurde durch den verfassungstreuen Teil der dominikanischen Armee heldenhaft zurückgeschlagen.

Innerhalb der Streitkräfte vollzieht sich ein komplizierter Prozeß. Der Imperialismus verstärkt mit allen Mitteln seine Aktivitäten in den Armeen. Er versucht, die reaktionären Elemente auszunutzen und die aus dem Volke stammenden Offiziere zu korrumpieren. Ihnen wird die Illusion eines schnellen Aufstieges in das Bürgertum suggeriert. Angesichts der voranschreitenden Volkskämpfe fördert der Imperialismus militärische Staatsstriche, um reaktionäre oder faschistische Diktaturen zu errichten.

Der ideologische Kampf innerhalb der Streitkräfte wird dadurch verschärft, daß sie aus den Kasernen herausgeholt und zu Richtern des gesellschaftlichen Lebens gemacht werden. Viele Soldaten werden gezwungen, ihre Hände mit dem Blut ihrer Brüder, der Arbeiter und Bauern, zu besudeln. Jene, die das Waffenhandwerk zur Verteidigung ihres Vaterlandes erlernt haben, werden zu Folterknechten gemacht. Offiziere, die erkennen, daß die politische Macht repräsentierenden Oligarchien die patriotischen Ideale verraten, in deren Geist viele von ihnen erzogen worden sind, verstehen immer besser, daß Vernunft und Recht nicht auf seiten derer sind, deren Privilegien sie verteidigt haben.

Nachdem ihnen durch die vom Imperialismus und der Reaktion geprägte Erziehung in den Kasernen das antikommunistische Gift eingepfropft worden ist, begreifen immer mehr lateinamerikanische Militärs das wirkliche Leben. Sie erkennen den an ihnen begangenen Betrug, den Bankrott der Ideologie und der Praxis des Antikommunismus.

### Bedeutender Beitrag des Klerus

Die Christen, speziell die Katholiken, der niedere Klerus und sogar einige Vertreter ihrer Führung nehmen immer aktiver an den Volkskämpfen für nationalen und sozialen Fortschritt teil. Sie sind beseelt von dem Gedanken an eine Kirche, die sich – wie in Brasilien und einigen anderen Ländern – an die Seite des Volkes stellt und einen Kompromiß mit der Reaktion und dem Im-

perialismus zurückweist. Repräsentative Sprecher der Kirche nehmen Stellung gegen faschistischen Terror, für demokratische Rechte und sozialen Fortschritt.

Weltliche und kirchliche Bewegungen, die die Probleme der Werktätigen und des Landes auf Grund persönlicher Erfahrungen kennen, wissen um die Notwendigkeit der Aktionseinheit gegen die gemeinsamen Feinde. Sie leisten hierfür einen bedeutenden Beitrag. Es gelangen ihnen schon bewunderungswerte Rebellionen. Genannt sei der heldenhafte Camilo Torres, der ein offener Gegner des Antikommunismus und ein rastloser Prediger der Volkseinheit war. Er fiel bei einer Partisanenaktion.

Im wachsenden Kampf der Völker bildeten sich drei Strömungen unter den Christen Lateinamerikas heraus: die konservative, die reformistische und die fortschrittliche. Die reformistische und die fortschrittliche Strömung repräsentieren die große Mehrheit. In allen Ländern ist es möglich und notwendig, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Der Dialog zwischen Gläubigen und Marxisten erleichtert die Fortschritte in der Aktionseinheit, beim Kampf für tiefgreifende Veränderungen, gegen Imperialismus und faschistische Bedrohung. Er legt die Fundamente für ein dauerhaftes Bündnis für die Errichtung einer neuen Gesellschaft. Die Verteidigung der demokratischen Institutionen und der Rechte des Volkes ist bei den Kämpfen der lateinamerikanischen Völker besonders bedeutsam. Die völlige nationale Befreiung, die den Sturz und die Beseitigung der herrschenden Oligarchien einschließt, ist unlösbar mit den Anstrengungen um die Errichtung einer wirklichen Demokratie verbunden.

Die fortschrittlichen Kräfte, unter ihnen die Kommunisten, haben die parlamentarischen und demokratischen Einrichtungen verteidigt. In einigen Ländern konnten sie trotz des Widerstandes und des Betrugs der Reaktionäre über lange Zeit den Zugang des Volkes zum Parlament aufrechterhalten. Dadurch nutzten sie diese Tribüne auch für außerparlamentarische Aktionen. Die Wahlen, durch die die Parteien der Unidad Popular in Chile an die Regierung gelangten, bewiesen, daß die demokratischen Formen durch die Arbeiterklasse und das Volk weiterentwickelt werden können. Sie lehren aber auch die Erfahrung, daß der demokratische Wille der Völker durch die Imperialisten und Oligarchien total mißachtet wird.

Die Beseitigung der demokratischen Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes, der Einsatz der Truppen gegen die Arbeiterbewegung und die Errichtung brutaler Tyrannen gehören seit eh und je zur Taktik des Imperialismus und der lateinamerikanischen Oligarchien, um ihre Herrschaft auf dem Kontinent zu erhalten.

Das wachsende Bewußtsein der Arbeiter und Bauern, die Radikalisierung von Teilen der Mittelschichten, das Einbeziehen linker Kräfte aus christlichen Kreisen und die zunehmende Weigerung von Militärs in einigen Ländern, ihre eigenen Brüder noch länger zu unterdrücken, verschärfen in den letzten Jahren die durch die kubanische Revolution eingeleitete Krise des imperialistischen Jochs in Lateinamerika. Im Zusammenhang mit dieser Krise verstärkten sich alle Formen des Volkskampfes. Der Imperialismus, seine Ideologen und lateinamerikanischen Lakaien setzen alles daran – ohne auf die verdeckten Herr-

schaftsmethoden zu verzichten –, solche bestialischen Formen und Methoden wie in Chile immer rücksichtsloser anzuwenden. Der diese Regimes fördernde USA-Imperialismus stellt jene aus seinem Unterdrückungsapparat als Instrukteure zur Verfügung, die die größten Grausamkeiten verüben.

Der verbrecherische Staatsstreich gegen Chile bestätigt, wie wichtig es ist, die Reihen der Verteidiger der Demokratie gegen jede faschistische Bedrohung in Lateinamerika schneller zu schließen. Der antiimperialistische Kampf ist damit untrennbar verknüpft. Seit Marx und Engels die These über die Teilnahme der aufkeimenden europäischen kommunistischen Bewegung an den Revolutionen von 1848 und 1851 ausarbeiteten, ist der Kampf um die demokratischen Rechte mit dem Kampf um den Sozialismus eng verbunden. Diese Revolutionen strebten die Demokratisierung und die Befreiung in Europa an. Lenin entwickelte diese These, die später auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale erneut bekräftigt wurde, in brillanter Weise weiter.

Wir Kommunisten Lateinamerikas und des karibischen Raumes wollen für unsere Länder eine wirkliche Demokratie in völliger Freiheit, die sich auf die Macht der Arbeiterklasse und des Volkes stützt, auf die Beseitigung des Privateigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln, d. h. wir wollen eine sozialistische Demokratie. Trotzdem ist uns das Schicksal relativ demokratischer Verhältnisse nicht gleichgültig, auch wenn sie nicht dieser – von uns erstrebten – wahren und tiefgehenden Demokratie entsprechen.

Wir Kommunisten werden unsere Anstrengungen stets mit Befürwortern der Demokratie vereinen, mit allen, die gegen den brutalen Faschismus der Pinochet, Bánzer, Somoza, Stroessner, Laugerud, der brasilianischen Gorillas, der Duvalier oder Bordaberry kämpfen. Gleichzeitig sind wir der Auffassung, daß die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie gegen die faschistische Bedrohung den Kampf für gesellschaftlichen Fortschritt und gegen Ungerechtigkeit einschließt. Die Einheit im demokratischen Kampf ist weiter gefaßt als die revolutionäre antiimperialistische Einheit, wobei beide in einem dialektischen Wechselverhältnis stehen. Der Weg zu revolutionären Veränderungen in Lateinamerika erfordert ein flexibles, ständiges Ringen. Dabei entwickelt sich der Kampf gegen den Faschismus, für die Verteidigung der Demokratie, gegen den Imperialismus und die Oligarchien und für die wirksame Beteiligung des Volkes an der Gestaltung des politischen Lebens als Teil ein und desselben Prozesses.

## VII.

Die gegenwärtigen und anhaltenden Kämpfe für die ökonomischen, politischen und sozialen Forderungen der Massen sind unlösbar verknüpft mit den Anstrengungen für nationale und soziale Befreiung.

Die Kommunisten sind mit den Massen in der Gewerkschaftsbewegung verbunden. Sie verstehen deren unmittelbare Bedürfnisse und helfen ihnen, ihre Forderungen zu formulieren und ihrem Kampf einen wirklichen Klasseninhalt zu geben.

## Für die Festigung der Gewerkschaftseinheit

Die gewerkschaftliche Einheit wird begriffen und verwirklicht in den erweiterten Kämpfen, an denen sich alle Kräfte der Gewerkschaftsbewegung beteiligen. Viele Erfahrungen haben das bestätigt. Die gewerkschaftliche Einheit trägt dazu bei, Legionen neuer Kämpfer – Arbeiter und Angehörige anderer sozialer Schichten – in die große Bewegung für den sozialen Fortschritt einzubeziehen.

Die Gewerkschaftsbewegung ist ein lebenswichtiger Bestandteil der für die nationale und soziale Befreiung unserer Länder kämpfenden Kräfte. Ohne die Achtung der Rechte der Arbeiterklasse kann es keine Demokratie geben. Die gewerkschaftlichen Freiheiten, das Streikrecht, die gewerkschaftliche Demokratie und Unabhängigkeit entsprechen den gemeinsamen Interessen aller demokratischen und antiimperialistischen Kräfte. Der Aufbau einer starken gewerkschaftlichen Kraft – weit über die Fabriken hinaus – ist von grundlegender Bedeutung.

Die Aktionseinheit bildet eine notwendige Voraussetzung, um die gewerkschaftliche Einheit zu festigen. Dies wird durch die gemeinsamen Anstrengungen aller erreicht, die sich dafür verantwortlich fühlen, daß die Arbeiterklasse ihrer historischen Rolle gerecht wird. Von großer Bedeutung für die Arbeiterklasse und die gesamte demokratische Bewegung ist es, die Spaltung zu überwinden. Das setzt die Zerschlagung des Antikommunismus voraus.

Der Kampf für eine demokratische Agrarreform – in den meisten unserer Länder mit den Kämpfen für nationale und soziale Befreiung eng verbunden – ist eine Aufgabe der gesamten fortschrittlichen und revolutionären Bewegung und eines der Grundelemente des Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern.

Mit der demokratischen Agrarreform wird vor allem angestrebt, den Großgrundbesitz und die halbfeudalen Ausbeutungsformen abzuschaffen, den Boden kostenlos an diejenigen zu übergeben, die ihn bearbeiten, fortschrittliche Produktionsformen einzuführen, die – indem sie die großen Massen der Bauern in die Wirtschaft einbeziehen – die Entwicklung eines inneren Marktes gestatten. Dieser ist für den Industrialisierungsprozeß, der zur unabhängigen wirtschaftlichen Entwicklung beiträgt, unbedingt erforderlich. Die Praxis hat bewiesen: Es ist nicht möglich, die Agrarprobleme in der Weise zu lösen, wie es die Programme der bürgerlichen Regierungen vorsehen. Sie wollen die Bodenbesitzverhältnisse verändern, indem sie den Bauern Land auf Kredit verkaufen oder raue und klimatisch ungesunde Gebiete „kolonisieren“. Die Realisierung solcher Pläne wird jedoch zum kreativen Geschäft für die landbesitzende Bourgeoisie und die imperialistischen Monopole. Damit gehen Machenschaften einher, den Kampf für eine wirkliche Agrarreform zu beeinträchtigen.

(...)

## VIII.

Der revolutionäre Kampf in Lateinamerika ist schwierig und umfassend. Für die Teilnahme an diesem Kampf sind alle Kräfte zu gewinnen, die sich dem USA-Imperialismus widersetzen. Dabei

müssen von der revolutionären Bewegung die unterschiedlichsten Kampfmethoden und -methoden genutzt werden. Es ist notwendig, Ort und Zeitpunkt des Kampfes den unterschiedlichen Bedingungen eines jeden Landes geschickt anzupassen. Die Ausnutzung aller legalen Möglichkeiten ist unabdingbare Pflicht der antiimperialistischen Kräfte. Ein ständiges Prinzip unseres Kampfes besteht darin, das Recht der Völker zu verteidigen, demokratisch über die von ihnen geforderten Veränderungen zu entscheiden.

Es sind nicht die Revolutionäre, die als erste zu Mitteln der Gewalt greifen. Es ist aber Recht und Pflicht aller Volks- und revolutionären Kräfte, bereit zu sein, auf die konterrevolutionäre Gewalt mit der revolutionären Gewalt zu antworten. Es ist ihr Recht und ihre Pflicht, alle Möglichkeiten der Volksaktion auszunutzen, einschließlich bewaffneter Aktionen, um der souveränen Entscheidung der Mehrheit den Weg zu bahnen.

### Kommunistische Parteien tragen historische Verantwortung

Den kommunistischen Parteien, deren Interessen denen der Arbeiterklasse zu tiefst entsprechen, kommt eine entscheidende historische Rolle und eine außergewöhnliche Verantwortung in diesem Kampf zu. Sie lassen sich von der marxistisch-leninistischen Lehre leiten, der einzigen, die unter den gegenwärtigen komplizierten Bedingungen den richtigen Kurs zu weisen vermag. Deshalb sind sie in der Lage, ihre Aufgabe innerhalb des Bündnisses der revolutionären Kräfte zu erfüllen – und dies nicht nur wegen der gesellschaftlichen Kräfte, die sie repräsentieren, und der präzisen Theorie, an der sie sich orientieren. Sie werden dieser Rolle in dem Maße gerecht, wie sich die kommunistischen Parteien zu den standhaftesten Kämpfern für nationale und soziale Befreiung entwickeln und wie sie im Kampf eine wirkliche avantgardistische Haltung einnehmen. Sie werden dieser Rolle in dem Maße gerecht, wie sie den Völkern in der Praxis ihre Aktionsprogramme und ihre strategischen und taktischen Positionen nahebringen, die darauf gerichtet sind, alle antiimperialistischen Kräfte zu einen und den Entwicklungsprozeß auf weitere revolutionäre Veränderungen zu orientieren.

Wir Kommunisten haben das Recht zu erwarten, daß diejenigen, die trotz direkter programmatischer Divergenzen der ungleichen Endziele gemeinsam mit uns in jedem unserer Länder am nationalen Kampf teilnehmen, unsere politischen Positionen und unsere Ideologie respektieren. Wir nehmen gegenüber diesen Kräften die gleiche Haltung ein.

Die Führer der verschiedenen Bewegungen innerhalb oder außerhalb der lateinamerikanischen Regierungen; die die Freiheit ihrer Völker anstreben, haben das volle Recht, über ihre ökonomischen und sozialen Ziele als Nichtkommunisten zu entscheiden. Der Lauf der Geschichte wird zeigen, wer die richtigen Möglichkeiten für die Entwicklung Lateinamerikas gewählt hat. Wir Kommunisten haben keine Zweifel über den Urteilspruch der Geschichte.

Es gibt einen Unterschied zwischen einem Nichtkommunisten und einem

Antikommunisten. Ein Antikommunist ist historisch blind. Diese Blindheit zwingt die Betroffenen, sich mit den Reaktionsären übelster Sorte zu identifizieren, wodurch sie zwangsläufig zum Scheitern verurteilt sind. Der Antikommunismus – als reaktionäre Position – bildet den Kern der konterrevolutionären Ideologien unserer Epoche. Diejenigen, die keine Kommunisten sind, können wir respektieren. Diejenigen aber, die sich ins Lager des Antikommunismus verirrt haben, müssen mit unserer Kritik rechnen. Wir werden denen erbarungslos den Kampf ansagen, die bewußt antikommunistische Positionen einnehmen.

Wenn die antiimperialistische Einheit unumgänglich ist, so ist darin die Einheit der Linkskräfte noch wichtiger.

Der weltweite Einfluß der Ideen des Sozialismus als Ergebnis der unumkehrbaren Siege der Sowjetunion, der anderen sozialistischen Länder in Europa und Asien, das Beispiel der unzerstörbaren Sicherheit in der ökonomischen, politischen und sozialen Entwicklung



Kubas, der zunehmende Einfluß der marxistisch-leninistischen Theorie, der einzigen Wissenschaft, die in der Lage ist, Lösungen für die gegenwärtigen gesellschaftlichen Probleme zu bieten, und die aktive Tätigkeit der kommunistischen Parteien bewirken, daß in Lateinamerika außerhalb dieser Parteien und der ehemaligen sozialistischen Organisationen heute Linkskräfte verschiedener Schattierungen vorhanden sind, die sich zum Teil selbst als marxistisch-leninistische Organisationen bezeichnen und den Sozialismus als ihr Kampfziel proklamieren.

Die kommunistischen Parteien berücksichtigen – wenn sie darauf hinweisen, in welchen strategischen oder taktischen Konzeptionen sie von diesen Kräften abweichen –, daß einige dieser Bewegungen sich von dem Ziel leiten lassen, die imperialistische Unterdrückung zu beseitigen und zu echten sozialistischen Positionen zu gelangen.

Die kommunistischen Parteien verschweigen nicht, daß sie mit diesen Strömungen nicht einverstanden sind. Aber sie unterscheiden zwischen diesen falschen Positionen und abenteuerlichen Haltungen, die sie verurteilen. Es kann keine antikommunistische oder anti-sowjetische Linke geben. Ausgehend von diesem Kriterium, arbeiten die Kommunisten daran, diejenigen, die

eine solche Haltung einnehmen, zu isolieren.

### Im Dienste der Aktionseinheit Meinungsverschiedenheiten überwinden

Die Polemik zwischen den Kräften der Linken muß immer vom Standpunkt der Einheit ausgehen. Sie muß der Einheit auf der Grundlage miteinander vereinbarter Prinzipien, Vorschläge und Taktiken dienen, die den Bedingungen des gemeinsamen Kampfes angepaßt sind. Wir Kommunisten – unserer Positionen sicher – sind bereit, diese notwendige Diskussion bei gegenseitiger Achtung zu führen. Dies muß in einer Weise geschehen, daß die werktätigen Massen den wirklichen Charakter der Probleme erkennen können. Das ist durchaus vereinbar mit der offenen und umfassenden Analyse jeder einzelnen zur Diskussion stehenden Position und mit der Arbeit zur Festigung der Aktionseinheit der Linken. Mit der Aufforderung zu dieser Betrachtung und Überprüfung proklamieren wir Kommunisten Lateinamerikas unsere Bereitschaft, die Meinungsverschiedenheiten zu überwinden, um zur Aktionseinheit zu gelangen.

(...)

Der 150. Jahrestag der Schlacht von Ayacucho hat deutlich gemacht, was noch zu tun ist. Die Zeit ist gekommen, noch einmal so schnell voranzuschreiten, um die zweite, wirkliche und unwiderstehliche Unabhängigkeit zu erreichen. Diese wird gemeinsam mit der Befreiung zu der „breiten Alleen“ der sozialen Umgestaltung führen, mit der für die überwältigende Mehrheit der Männer und Frauen unseres Amerika neue Hoffnungen verbunden sind.

Vorwärts zur umfassenden nationalen Befreiung und zur völligen Unabhängigkeit unserer Heimatländer, für Demokratie und Wohlstand des Volkes, für den Weltfrieden und den Sozialismus!

Havanna, Kuba, am 13. Juni 1975

Kommunistische Partei Argentiniens  
 Kommunistische Partei Boliviens  
 Brasilianische Kommunistische Partei  
 Kommunistische Partei Kolumbiens  
 Partei der Volksavantgarde Kostarikas  
 Kommunistische Partei Kubas  
 Kommunistische Partei Chiles  
 Dominikanische Kommunistische Partei  
 Kommunistische Partei Ekuadors  
 Kommunistische Partei El Salvadors  
 Kommunistische Partei Guadeloupes  
 Guatemaltekkische Partei der Arbeiter  
 Fortschrittliche Volkspartei Guyanas  
 Vereinigte Partei der Kommunisten Haitis  
 Kommunistische Partei von Honduras  
 Kommunistische Partei Martiniques  
 Mexikanische Kommunistische Partei  
 Sozialistische Partei von Nicaragua  
 Partei des Volkes von Panama  
 Paraguaysche Kommunistische Partei  
 Peruanische Kommunistische Partei  
 Kommunistische Partei Puerto Ricos  
 Kommunistische Partei Uruguays  
 Kommunistische Partei Venezuelas

(Aus „Granma“, Havanna, vom 16. Juni 1975)

Günter Ritter

## Hintergründe des Putsches gegen die Regierung Mujibur Rahman

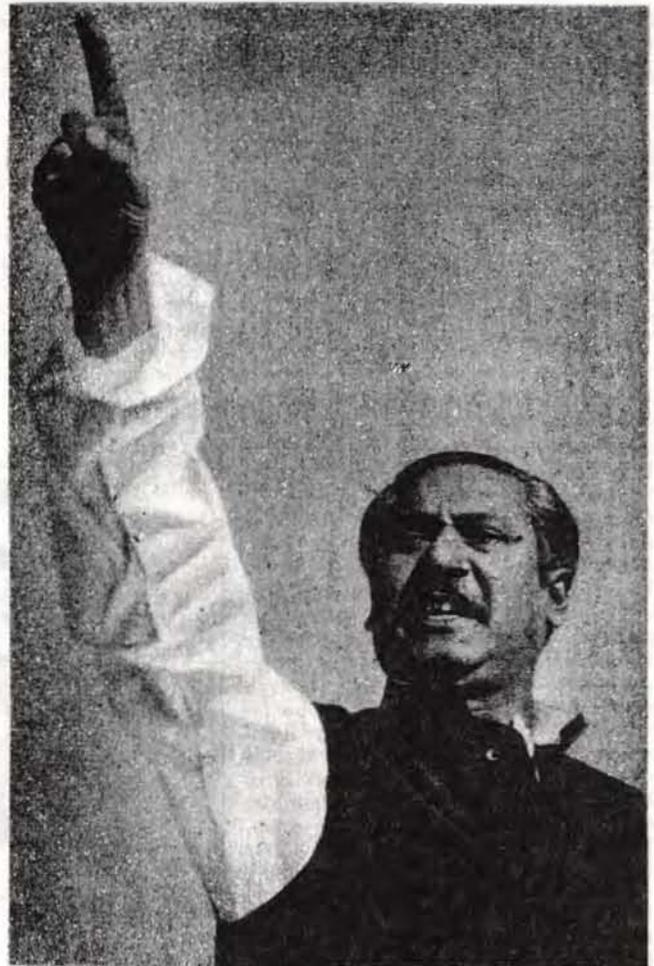
Der Putsch in der Volksrepublik Bangla Desh und die Ermordung Mujibur Rahmans am 14. August 1975 verschafften der bürgerlichen Presse für einige Tage Schlagzeilen, die seit der Gründung des jungen Staates lediglich über Katastrophen, Korruption und Diktatur im Zusammenhang mit Bangla Desh zu berichten wußte.

Die jüngsten Ereignisse können jedoch nur verstanden werden, wenn man sie einordnet in den historischen Kontext der Entstehung und Entwicklung des Landes.

### Ein junger Nationalstaat entsteht

Bangla Desh gehörte bis 1947 als Provinz Ostbengalen zur britischen Kolonie Indien. Mit der Unabhängigkeit dieser Kolonie vermochte es der britische Imperialismus, das Gebiet in Indien und Pakistan zu zerstückeln, wobei die Gebiete mit vorwiegend muselmanischer Bevölkerung an Pakistan fielen. So wurde aus Ostbengalen ein Teil des neuen Staates Pakistan, nämlich Ostpakistan. Von Anfang an betrachteten die 22 herrschenden westpakistanischen Familien den geographisch weit entfernten östlichen Landesteil als Ausbeutungsobjekt: Mit dem Exportüberschuß Ostpakistans wurde die Entwicklung Westpakistans mehr oder weniger finanziert, die leitenden Stellen in Politik und Wirtschaft jedoch waren alle von Personen aus Westpakistan besetzt.

Als im Dezember 1970 der Militärdiktator Yahya Khan zum ersten Mal seit über 10 Jahren wieder Wahlen zuließ, gewann Mujibur Rahmans Awami-Liga (Volksliga) von insgesamt 313 Sitzen in der Nationalversammlung 167 Sitze. Grundlage dieses Erfolges war das 6-Punkte-Programm<sup>1)</sup> der Awami-Liga und Forderungen wie die Eliminierung der Monopole, die Einführung einer progressiven Besteuerung, die Förderung der Klein- und Mittelbetriebe, die Zerschlagung des Feudalbesitzes, die sofortige Anhebung der Löhne sowie der Austritt aus den imperialistischen Militärbündnissen SEATO und CENTO.



Mujibur Rahman bei der Ausrufung der Volksrepublik Bangla Desh

Das 6-Punkte-Programm selbst sollte die autonome Stellung Ostpakistans regeln und dem östlichen Landesteil eine gleichberechtigte Stellung sichern.

Der Wahlsieg der Awami-Liga hätte Mujibur Rahman die Möglichkeit gegeben, dieses Programm durchzusetzen. Die reaktionäre Yahya Khan-Clique weigerte sich jedoch, den Willen der Wähler zu respektieren. Im Gegenteil: In Ostpakistan setzte eine grausame Unterdrückungskampagne ein. Nachdem friedliche Widerstandsmaßnahmen, wie etwa ein Generalstreik, nur noch blutigeren Terror von seiten der westpakistanischen Unterdrücker auslöste, begann der bewaffnete Befreiungskampf. Mit Hilfe Indiens, welches zuvor von Yahya Khans Truppen überfallen worden war, wurde das Land bis zum 16.12.1971 vollkommen befreit. Bereits am 26.3.1971 war die unabhängige Volksrepublik Bangla Desh ausgerufen worden.

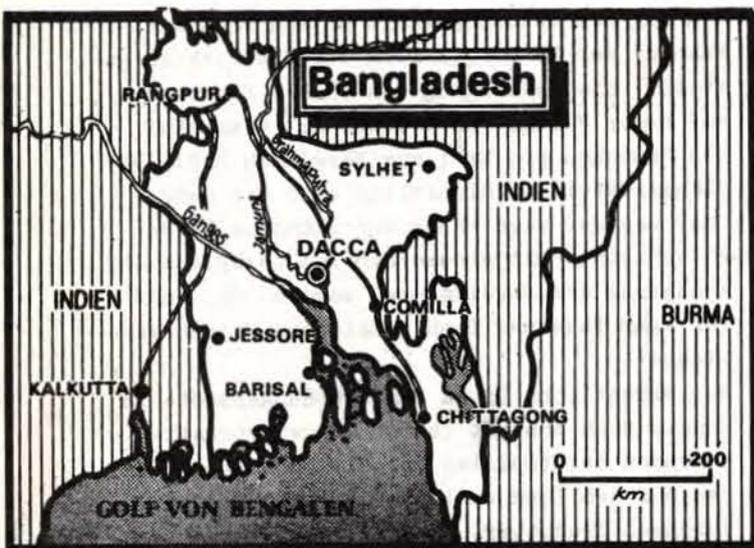
## Schwere Kriegsschäden

War die ökonomische Situation des damaligen Ostpakistan vor Ausbruch des nationalen Befreiungskampfes schon sehr schwierig, so war der Krieg ein denkbar schlechter Geburtshelfer für den jungen Nationalstaat: Über 10 Millionen Menschen waren nach Indien geflüchtet; nach der Befreiung strömten sie zurück und verursachten große wirtschaftliche und politische Probleme. Eisenbahnlinien waren unterbrochen, Tausende Brücken zerstört, die westpakistanischen Betriebsmanager und Spezialisten hatten sich nach Westpakistan abgesetzt, Sabotage legte viele Industriebetriebe still und ein großer Teil der Felder konnte nicht bestellt werden. Insgesamt werden die durch militärische Aktionen verursachten Schäden auf 6,5 Mrd indische Rupien geschätzt.<sup>2)</sup> Sogar die Zeitung des westdeutschen Großkapitals, das Handelsblatt, konstatierte:

"Der Krieg zerstörte nicht nur die ohnehin bescheidene industrielle und administrative Infrastruktur, sondern machte, durch den Abbruch der Handelsbeziehungen mit Pakistan, eine völlige Neuordnung des Außenhandels notwendig." <sup>3)</sup>

### Erste Schritte der Regierung Mujibur Rahman

Anlässlich des ersten Jahrestages der Befreiung trat die Verfassung der VR Bangla Desh in Kraft. Die Grundprinzipien der Verfassung - Nationalismus, Säkularismus (weltlicher Charakter des Staates), Demokratie und Sozialismus widerspiegelten die allgemeindemokratische Etappe der nationalen Befreiungsrevolution.<sup>4)</sup>



Die Verwirklichung des sozialistischen Anspruchs der Verfassung gestaltete sich in der Praxis allerdings von Anfang an sehr schwierig, zumal die Mitwirkung der Werktätigen an

der wirtschaftlichen Planung und Leitung nicht verfassungsrechtlich festgelegt war. Wichtig war jedoch vor allem,

"...daß die Verfassung der VR Bangladesh trotz der ihr anhaftenden Mängel den werktätigen Massen reale Möglichkeiten für ihre weitere politische Formierung im Interesse eines erfolgreichen Kampfes um sozialen Fortschritt bietet." <sup>5)</sup>

Zu den ersten Maßnahmen der Regierung Mujibur Rahman gehörte die am 20.2.1972 verkündete Landreform, die die Höchstgrenze für Landbesitz auf 13,4 ha pro Familie festsetzte und die Kleinbauern bis zu 1 ha Land von Steuern befreite.

Zu den progressiven sozialökonomischen Reformen gehörte auch

"die Nationalisierung von rund 80% der Industriebetriebe, der Privatbanken und Versicherungsgesellschaften sowie des gesamten Bahn-, Luft- und Seeverkehrs." <sup>6)</sup>

Hinzu kamen Erfolge auf dem Gebiet der Bildung (Ausgangsbasis: 80% Analphabeten) und der medizinischen Versorgung.

### Antiimperialistische Außenpolitik

Von Anfang an verfolgte Bangla Desh eine antiimperialistische, unabhängige Außenpolitik der Blockfreiheit. In der Verfassung wird dem Staat die Unterstützung der Völker im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Rassismus zur Pflicht gemacht.

Die Freundschaft mit Indien und der Sowjetunion, die die nationale Befreiungsbewegung in ihrem Kampf um Unabhängigkeit uneigennützig und tatkräftig unterstützt hatten, war ein wesentlicher Bestandteil der Außenpolitik Bangla Deshs. Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder unterstützten das Volk von Bangla Desh in jeder Beziehung, sowohl materiell als auch politisch.

Mujibur Rahman selbst charakterisierte die Beziehungen seines Landes zu Indien und zur Sowjetunion 1972 wie folgt:

"Indien und die Sowjetunion haben dem Volk von Bangla Desh während seines Befreiungskrieges wertvolle Hilfe erwiesen. Sie sind unsere wahren Freunde in Notzeiten, und wir können ihre Hilfe nicht vergessen." <sup>7)</sup>

### Schwierigkeiten und Widerstände beim Aufbau

Sowohl diese antiimperialistische Außenpolitik als auch die fortschrittlichen sozialökonomischen Maßnahmen stießen auf den erbitterten Widerstand reaktionärer Kreise in Bangla Desh. In Zusammenarbeit mit imperialistischen Organisationen betrieben sie eine Politik der Sabotage und des Chaos. Brandstiftung, Industriesabotage und politischer Mord (seit der Unabhängigkeit des Landes wurden etwa 14 000

Menschen aus politischen Gründen umgebracht) gehörten in Bangla Desh zur Tagesordnung. Die Umtriebe ultralinker und ultrarechter Banditen nahmen beängstigende Formen an, und Mujibur Rahman war bis zuletzt nicht in der Lage, diesen Saboteuren einer fortschrittlichen Entwicklung Bangla Deshs entscheidend das Handwerk zu legen.

Naturkatastrophen, wie die große Überschwemmung im Sommer 1974, wurden rücksichtslos von der Reaktion ausgenutzt, um die Bevölkerung gegen die Regierung Mujibur Rahman aufzubringen. Die heterogene Zusammensetzung der kleinbürgerlichen Awami-Liga bewirkte ein übriges: Korruption und Prinzipienlosigkeit wurden kennzeichnend für einen Teil dieser Partei.

Neben solch ehrenhaften und uneigennütigen Politikern wie Mujibur Rahman formierten sich sehr viele Karrieristen, Gewinnler und Bürokraten in den Reihen der Awami-Liga, so daß es stets leichter war, Beschlüsse zu fassen, als sie durch diese Regierungspartei zu verwirklichen.

### Widersprüchliche politische Veränderungen

Der Offensive der proimperialistischen Kreise und dem um sich greifenden Banditenwesen versuchte Mujibur Rahman durch eine "Politik der starken Hand" zu begegnen: Zunächst wurde ein Bündnis der Volkseinheit zwischen der Awami-Liga, der Kommunistischen Partei Bangla Deshs und der Nationalen Awami Partei mit dem Ziel gebildet, die Verwaltung des Landes effektiv zu gestalten, das hieß auch den Kampf gegen die Korruption zu führen, und alle fortschrittlichen Parteien am nationalen Aufbau zu beteiligen.

Dieses Bündnis blieb jedoch weitgehend wirkungslos, weil die entscheidenden Machtbefugnisse bei den korrupten und zumeist unfähigen Parlamentariern und Bürokraten verblieben.

Ende 1974 wurde der Ausnahmezustand über das Land verhängt,

"und einen Monat später beschloß das Parlament mit übergroßer Stimmenmehrheit die Verfassungsänderung zur Einführung eines Präsidialregimes." 8)

Dieser Schritt sollte Mujibur Rahman die Möglichkeit geben, nunmehr entschlossener gegen die reaktionären Umtriebe vorzugehen.

Ergänzt wurden diese Maßnahmen durch die Überführung der Volkseinheits-Parteien in die Staatspartei, "Awami-Liga der Arbeiter und Bauern" (BAKSAL), und durch ein Programm der "Zweiten Revolution", das u.a. ein völlig neues Verwaltungssystem und die Bildung von landwirtschaftlichen Genossenschaften vorsah.

Kennzeichnend für den widersprüchlichen Ver-



Millionen Bengalen hungern

lauf der nationaldemokratischen Phase der Entwicklung in Bangla Desh ist jedoch die Tatsache, daß zur gleichen Zeit, als diese fortschrittlichen Maßnahmen eingeleitet wurden, Mujibur Rahman dem Druck einheimischer und ausländischer Unternehmer nachgab und eine zuvor beschlossene Investitionssperre für Privatunternehmen und das Außenhandelsverbot für nichtstaatliche Betriebe aufhob.

### Hunger – ein unlösbares Problem?

Vom Tag der Unabhängigkeit an sah sich die Führung der VR Bangla Desh vor das Problem gestellt, die Versorgung von 75 Mio Menschen auf einer Fläche von 140.000 km<sup>2</sup> (das sind 535 Menschen pro km<sup>2</sup>; zum Vergleich BRD: 239) sicherzustellen. Sicherlich sind die mehr oder weniger regelmäßig auftretenden Naturkatastrophen ein großes Problem bezüglich der Ernährung der Bevölkerung, werden doch Jahr für Jahr Tausende Tonnen Reis und Weizen vernichtet.

Der eigentliche Grund für die Hungersnöte in Bangla Desh scheint jedoch in den vorherrschenden halbfeudalen Produktionsverhältnissen auf dem Land zu liegen. Das Land ist durchaus fruchtbar, jedoch liegt der Ertrag pro ha einfach zu niedrig, um die Versorgung der Bevölkerung gewährleisten zu können oder gar die Grundlage eines expandierenden industriellen Sektors zu sein.

"Fast 4 Mio Kleinbauern produzieren im Jahr gerade so viel, um ihre Familien drei bis

vier Monate zu ernähren. Der größte Teil der Ernteerträge der rund 400.000 Großbauern verschwindet oft auf dem schwarzen Markt und wird zu Wucherpreisen verschoben." 9)

Die eigentliche Ursache für den Sturz Mujibur Rahmans ist wohl auch in der Tatsache zu sehen, daß seine Regierung das Ernährungsproblem nicht zu lösen vermochte.

### Bangla Desh nach Mujibur Rahman

Durch den Putsch vom 14. August 1975 und die Ermordung Mujibur Rahmans hat sich die Lage in Bangla Desh dramatisch zugespitzt. Gewiß hat Mujibur Rahman Fehler gemacht, sicherlich hat er bestimmte Elemente und Erscheinungen nicht radikal genug bekämpft, der fortschrittliche Charakter seiner Politik und seine persönliche Integrität und außerordentliche Beliebtheit beim Volk steht jedoch außer Zweifel.

Die Frage lautet nun: Wird der neue Präsident Ahmed die Politik Rahmans fortsetzen, oder wird er Bangla Desh auf einen proimperialistischen Kurs orientieren?

Die bisherigen Meldungen sind sehr widersprüchlich. So soll die Volksrepublik zunächst in "Islamische Republik Bangla Desh"<sup>10)</sup> umbenannt worden sein. Wenige Tage später dementierte man diese Meldung.<sup>11)</sup>

Ahmed gilt jedoch als "prowestlich" und als Anhänger einer "liberalen Wirtschaftsordnung".

Daß ausgerechnet Pakistan, der Sudan, Jordanien und Saudi-Arabien die ersten Länder waren, die das neue Regime anerkannten, bestärkt diese Vermutung.

### Anmerkungen:

- 1) Vgl. AIB Nr. 1/1972
- 2) Vgl. Horizont Nr. 1/1972
- 3) Handelsblatt (HB), 10.4.1975
- 4) Vgl. Awramowa/Mitra/Sewortjan, Geburt der Freiheit. Die ersten Schritte der Republik Bangladesh, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus Nr. 7/1973
- 5) Horizont Nr. 3/1973
- 6) Neues Deutschland (ND), 3.8.1974
- 7) Times of India, 7.5.1972
- 8) S. Mitra, Eine vom Leben diktierte Wahl, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus Nr. 8/1975
- 9) Horizont Nr. 36/1975
- 10) Vgl. Der Spiegel, 18.8.1975
- 11) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 25.8.1975



**Auswertung  
der Fragebogenaktion:**



**AIB Nr. 10/1975**

## Vor diesen Büchern wird gewarnt!

Zersetzend:

Jürgen Pomorin:

### Rührt Euch, Kameraden!

Tagebuch eines Wehrpflichtigen

192 Seiten, Paperback, 7,80 DM

Die Zeit des „Stillgestanden“ bei der Bundeswehr ist vorbei. Unzumutbar geringer Wehrsold, Einschränkungen der persönlichen Freiheiten und demokratischer Rechte. Was Mannschaften, Unteroffiziere und Offiziere denken und wollen – einer von ihnen packt aus.

Neuerscheinung  
Juni

Einseitig:

Willi Schwettmann:

### Notstände der Jugend

Berichte zur Lage der Jugend in der BRD

128 Seiten, Paperback, 5,80 DM

Fakten- und analysenreich, gehört dieses Buch in die Hand der Jugendlichen, die Bescheid wissen wollen über die Gründe und Hintergründe ihrer Situation. Es kann vor allem dem aktiven Teil der Jugend helfen, sich noch besser für die Forderungen der Arbeiterjugend, der Schüler und Studenten einzusetzen.

Neuerscheinung  
August

Aufrührerisch:

Autorenkollektiv:

### Bessere Berufsbildung jetzt!

144 Seiten, Paperback, 6,80 DM

Auch in diesem Jahr ist für viele Schulabgänger der Start ins Leben ein Fehlstart. Lehrstellen fehlen, der Numerus Clausus wird weiter verschärft. Ist das System der Bundesrepublik überhaupt in der Lage, das Recht der Jugend auf Bildung und Berufsausbildung, auf Arbeit und soziale Sicherheit zu garantieren?

Neuerscheinung  
August

Bitte fordern Sie unseren Verlagsprospekt an. Über 70 Titel sind lieferbar.



**Weltkreis-Verlags-GmbH**

**46 Dortmund, Brüderweg 16**

**Lothar A. Heinrich**

## 5 Jahre Agrarreform im Irak



Von knapp 11 Mio Iraki<sup>1)</sup> leben ca. 4 Mio auf dem Land. 1971 waren von ihnen 2,1 Mio im Agrarsektor beschäftigt. Das waren über 58% aller Beschäftigten des Landes. Der Anteil der Landwirtschaft am Nationaleinkommen beträgt seit 1965 mit kleinen Schwankungen ca. 20%. Dabei zeichnete sich seit 1972 ein geringfügiger relativer Rückgang ab bei einem gleichzeitig starken absoluten Wachstum von 187,8 Mio Irakischen Dinar (1 ID = 8,- DM) im Jahre 1968 - dem Jahr der Machtübernahme der heute regierenden Baath-Partei (ABSP) - auf 301,8 Mio ID 1972. Allein diese Zahlen verdeutlichen die Bedeutung des Agrarsektors für die sozioökonomische Entwicklung des Irak.

Bis zum Sturz der "schwarzen Monarchie" Feisals und seines Premierministers Nouri as-Said durch den Oberst Abdel Karim Kassem 1958 war die irakische Landwirtschaft im wesentlichen durch Feudalstrukturen gekennzeichnet, wenn es natürlich auch schon starke Tendenzen zur Kapitalisierung gab, die allerdings ihrerseits vor allem von den feudalistischen Großgrundbesitzern und dem Staat getragen wurden. Die Regierung Kassems, unter der marxistische Kräfte zeitweise recht einflußreich waren<sup>2)</sup>, verabschiedete am 30.9.1958 das Gesetz Nr. 30 über die Agrarreform, das als Grundlage der schrittweisen Zerschlagung des Feudalismus auf dem Land dienen sollte. Das Gesetz sah eine maximale Besitzgröße von 500 ha nichtbewässerten Bodens oder 250 ha Bewässerungslandes vor und die Enteignung von Großgrundbesitz gegen Entschädigung<sup>3)</sup>.

Der zwiespältige Charakter des kleinbürgerlichen Regimes Kassem und der seit dem Putsch

von 1963 aufeinanderfolgenden Regimes verhinderte jedoch, wie auf den meisten anderen Gebieten so auch hier, die konsequente Anwendung dieses den bürgerlichen Rahmen ja keineswegs überschreitenden Gesetzes. Daher stand der aus dem Putsch vom 17.7.1968 - nach der Terminologie der Baath-Partei war es eine "Revolution" - als führende Kraft des Landes hervorgegangene linke Flügel der in erster Linie nationalistischen Partei im wesentlichen den gleichen Problemen gegenüber wie Kassem. In manchen Beziehungen hatte sich die Lage sogar verschlechtert.

### Die Umgestaltung des Agrarsektors

Konnte sich der Irak vor 1958 weitestgehend selbst versorgen und sogar Agrarprodukte exportieren, so hatte die bürokratische Durchführung, die ungenügende Ausbildung der Kader und natürlich auch die bewußte Sabotage der rechten Kräfte im Lande zu einem starken Rückgang der Produktion geführt und das Land gezwungen, Grundnahrungsmittel zu importieren<sup>4)</sup>. In der "Charta der Nationalen Aktion" der am 16.7.1973 zunächst zwischen der ABSP und der Irakischen Kommunistischen Partei (IKP) gebildeten Fortschrittlichen Nationalen und Nationalistischen Front (PNNF) heißt es dementsprechend:

"Die Revolution setzt sich zum Ziel, eine radikale Transformation der politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Beziehungen zugunsten der Befreiung und des Fortschrittes in die Wege zu leiten. Der Agrarsektor ist von allen Sektoren derjenige, der eine schnelle und endgültige Transformation am nötigsten hat, da er unter miserablen und rückständigen Bedingungen leidet, obwohl er den größten Teil unseres Volkes umfaßt. Die ländlichen Gebiete unseres Landes bedürfen einer totalen

Revolution, die die Beziehungen des feudalen, tribalen und familiären Typus eliminiert, die während der Jahrhunderte der Knechtschaft vorherrschten und die von einem rückständigen, ausbeuterischen Feudalregime aufgezwungen worden waren". 5)

In diesem Sinn definierte der Staatspräsident Ahmad Hassan Al-Bakr anlässlich des 5. Jahrestages der Revolution von 1968 die Aufgaben der Regierung und des Volkes bei der Umgestaltung des Agrarsektors wie folgt:

"Befreiung der Bauernklasse von den Resten des politischen, ökonomischen und sozialen Einflusses des Feudalismus, von Ausbeutung und von parasitären Elementen bei gleichzeitiger Stärkung der Rolle der Bauern Assoziationen, Lösung der Probleme der Landwirtschaft, Bewässerung und Trockenlegung, die von so großer Bedeutung für die Landwirtschaft des Landes sind, Durchsetzung einer drastischen und umfassenden Agrarreform, Erhöhung der Produktion durch Entwicklung der Produktionstechniken mittels Mechanisierung und Anwendung moderner Wissenschaft und die Erreichung tiefgehender sozialer Transformationen auf dem Land mit dem Ziel, die Basis für den Übergang zum Sozialismus zu schaffen." 6)

Hier sind also die wesentlichen Gesichtspunkte zusammengefaßt, unter denen die praktische Politik des Irak betrachtet werden kann. Der Agrarpolitik der gegenwärtigen Baath Regierung liegt das Gesetz Nr. 117 von 1970 über die Agrarreform zugrunde.

Zunächst noch einige allgemeine Angaben: Landwirtschaftlich genutzt sind im Irak 22,9 Mio Donum (1 Donum = 1/4 ha) von insgesamt 48 Mio Donum nutzbarem Land. Das sind 13,1% der Gesamtfläche des Landes. Davon nahm die Fläche der Dattelpalmgärten, die alle in privater Hand sind, 2,64% ein<sup>7)</sup>. Der Irak stellt ca. 1/5 der Welt-Dattelproduktion und liegt mit einem Anteil von 80% an erster Stelle im Welthandel. Die weiteren Hauptagrarpunkte sind Weizen, Gerste, Baumwolle, Tabak, Hülsenfrüchte und Reis.

#### **Entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes**

Die wichtigsten Bestimmungen, in denen sich das neue Agrargesetz von dem von 1958 unterscheidet, sind die entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes und die planmäßige Förderung landwirtschaftlicher Genossenschaften verschiedenen Typs. Während zwischen 1958 und 1970 nur 4.189.507 Donum vom Staat beschlagnahmt worden waren, belief sich die Zahl von Juli 1970 bis zum 31.12.1973 auf 5.466.858 Donum. Davon und vom sogenannten "Miri"-Land, d.h. Staatsland, wurden seit 1959 insgesamt 861.866 Donum an 142.675 Bauern verteilt, die im Durchschnitt eine fünfköpfige Familie zu ernähren haben. 80.400 bis dahin landlose Bauern haben ihr Land seit 1970 erhalten. Dabei wurde die landwirtschaftliche Nutzfläche je Familie nach der Art des Produk-

tes wie folgt festgelegt: Für Getreide und Reis stehen 30-40 Donum zur Verfügung, für Obst und Tabak 10 Donum und für Datteln das gleiche.

Die enteigneten Großgrundbesitzer, die zwar nicht entschädigt wurden, sind jedoch von dieser Regelung insofern ausgenommen, als man ihnen je nach Bodengüte zwischen 80 und 500 Donum belassen hat, was zwar relativ viel ist, aber im Verhältnis zu ihrem früheren Besitz kaum ins Gewicht fällt. Es darf jedoch hierbei nicht vergessen werden, daß es immer noch eine ganze Anzahl von ihnen gibt, die durch frühzeitige Umverteilung ihres Eigentums unter Verwandte einen weitaus größeren Teil ihres Besitzes wahren konnten.

Das an die Bauern verteilte Land ist jedoch nicht nur das ehemaliger Feudalherren. Der Staat hat zwischen 1970 und 1973 1.167.622 Donum "Miri"-Land verteilt. Das sind über 100.000 Donum mehr als in den vorhergegangenen Jahren seit 1959.

Um die Produktion zu steigern und eine effektive Technisierung auf dem Land einführen zu können, hat die Regierung mit dem Agrargesetz die Bildung von Kooperativen, Kollektivfarmen und Staatsfarmen gefördert.

#### **Kooperativen, Kollektiv- und Staatsfarmen**

Bei den landwirtschaftlichen Kooperativen werden lokale sowie regionale (Joint Cooperatives) unterschieden. Es handelt sich bei ihnen nicht um Produktionsgenossenschaften. Die einzelnen Parzellen werden weiterhin individuell bewirtschaftet. Die Genossenschaft bekommt vom Staat Maschinen und Saatgut zum Selbstkostenpreis. Die Landwirtschaftsbank stellt, falls die Genossenschaft selbst nicht genügend Geld hat, Kredite zu 3% Zinsen zur Verfügung. Damit ist ein zusätzlicher materieller Anreiz für eine größere Spartätigkeit und Steigerung der Wirtschaftlichkeit der Genossenschaft gegeben. Die Vermarktung der Produkte wird ebenfalls mit staatlicher Hilfe genossenschaftlich organisiert. Die Zahl der lokalen Kooperativen betrug am 31.5.1974 1.360 gegenüber 473 im Jahre 1968. Die Mitgliederzahl hat sich im genannten Zeitraum von 62.976 auf 214.488 erhöht, die von ihnen bewirtschaftete Fläche von 4.488.000 Donum auf 16.339.000 Donum.

Die Zahl der regionalen Kooperativen beträgt z.Z. etwa 160. Ihre Aufgaben sind hauptsächlich politischer Natur, d.h. sie kümmern sich um Schulungen der verschiedensten Art.

Wesentlich anders geartet sind die Kollektivfarmen. Bis zum Mai 1974 gab es 72 mit 11.253 Mitgliedern und einer Gesamtwirtschaftsgröße

von 534.920 Donum. Bei ihnen handelt es sich um Produktionsgenossenschaften mit Gemeineigentum an den Produktionsmitteln, also auch dem Boden. Während die Kooperativen den Rahmen einer bürgerlichen Landreform nicht überschreiten, sind hier reelle Ansätze für eine nichtkapitalistische Umgestaltung gegeben. Das wird noch deutlicher in der höchsten Form des landwirtschaftlichen Betriebes, der Staatsfarm.

Die Statistik für 1974 nennt acht Staatsfarmen mit einer Gesamtgröße von 307.632 Donum. Die Zahl der dort beschäftigten Landarbeiter und Kader ist statistisch nicht ausgewiesen, dürfte jedoch relativ klein sein, da es sich bei diesen Farmen um hoch technisierte spezialisierte Betriebe handelt. Die größte unter ihnen in Swaira mit 151.000 Donum gilt im ganzen Nahen Osten als eine der besten ihrer Art<sup>8)</sup>.

### **"Das Rückgrat des Feudalismus ist gebrochen"**

Es wäre nun etwas voreilig zu glauben, daß diese positiven Erscheinungen bereits die gesamte Landwirtschaft des Irak prägen. Nach wie vor wird von den knapp 24 Mio Donum genutzten Bodens die Hälfte privat bebaut, und zwar von nur 1/4 aller Bauern. Entsprechend besitzen 70% aller Eigentümer nur 23% des Bodens (zwischen 1 und 39 Donum), und auf 8% des Bodens (zwischen 500 Donum und 2.000 Donum) haben 0,35% der natürlichen oder juristischen Personen einen Rechtstitel. Daß auf der anderen Seite die Existenz einer großen Zahl von landlosen Bauern und deren Abwanderung in die Städte ein großes Problem ist und die Tendenz hat, sich mit dem Bevölkerungswachstum zu vergrößern, mußte die ABSP im Politischen Report ihres 8. Regionalkongresses 1974 selbst vermerken<sup>9)</sup>. Dabei wird hier auch die Tatsache, daß viele von ihnen bei Mittelbauern als Lohnarbeiter arbeiten müssen (etwa 14% der in der Landwirtschaft tätigen) als negativ bezeichnet.

Wenn auch der Feudalismus ökonomisch trotz der Agrarreform nicht völlig liquidiert ist, besteht kein Zweifel daran, daß er politisch jede Bedeutung verloren hat. Im Politischen Report heißt es dazu:

"Das Rückgrat des Feudalismus im Irak ist gebrochen. Es gibt keine materielle oder legale Basis mehr für ihn außerhalb einiger tribaler und sozial rückständiger Bereiche, die sich im Niedergang befinden. Außer im Norden gibt es keinen feudalen Einfluß im Land. Demokratische Praktiken haben auf dem Lande Fortschritte gemacht und sich unter der Teilnahme von Bauernverbänden im politischen, ökonomischen und sozialen Leben des Landes entwickelt. Neue Produktionsbeziehungen und Traditionen ersetzen die alten. Es muß jedoch hinzugefügt werden, daß trotz all dieser Fortschritte das

modell auf dem Lande noch nicht sozialistisch ist". 10)

Es soll hier gleich angemerkt werden, daß in diesem Parteidokument die landwirtschaftlichen Kooperativen - fälschlicherweise - als Teil des sozialistischen Sektors bezeichnet werden.

### **Nutzung der Technologie und Qualifizierung der Produzenten**

Die Grundlage für die genannten neuen Traditionen ist nicht zuletzt auch eine Veränderung der genutzten Technologie. Deren effektive Nutzung setzt naturgemäß auch eine höhere Qualifizierung der Produzenten voraus, als sie unter z.T. vorkapitalistischen Verhältnissen gegeben ist. Beide Voraussetzungen sind von der Regierung als solche voll erkannt worden. In der zitierten Rede des Staatspräsidenten wurde auf diesen Zusammenhang schon hingewiesen. Es heißt dort an anderer Stelle weiter:

"Die Revolution bestand auch darauf, die Voraussetzungen einer modernen landwirtschaftlichen Entwicklung durch die Einführung der Mechanisierung, chemischer Düngung und moderner Marketing-Methoden abzusichern zusammen mit einem Ausbau größerer Projekte wie Dämme, Bewässerungs- und Entwässerungssysteme und Neulandgewinnung". 11)

Zwar sinkt der prozentuale Anteil der Ausgaben des Staates für den Agrarsektor seit 1972. Die absolute Summe ist jedoch beträchtlich gestiegen - und zwar zwischen 1972/73 und 1974/75 von 29.276.000 ID auf 190.000.000 ID. Durch die Einrichtung staatlicher Maschinenstationen, die beispielsweise Ende 1973 588 Traktoren, 766 Mährescher, 522 Transportfahrzeuge und 131 Bulldozer bereitstellen konnten aber auch durch die hierfür von der Landwirtschaftsbank zur Verfügung gestellten Kredite, die sich 1967/68 nur auf 4.300 ID beliefen, 1972/73 jedoch schon auf 617.066 ID gestiegen waren, konnten die ersten nennenswerten Ansätze zu einer Mechanisierung der irakischen Landwirtschaft geschaffen werden, so daß heute auf ca. 45% der Besitzungen Maschinen genutzt werden, auf 23% nur Zugvieh und auf 17% beides.<sup>12)</sup>

Ein Hauptaugenmerk legt die Regierung auch auf den Bau neuer Staudämme und des Bewässerungssystems allgemein. Dabei muß allerdings festgehalten werden, daß hier schon das monarcho-faschistische Regime Nouri as Saids relativ aktiv war<sup>13)</sup>. Unter den damaligen sozialen und politischen Bedingungen konnten jedoch die Bauern nicht Nutznießer des technischen Fortschritts sein. In der Rede zum 5. Jahrestag der Revolution betonte Al-Bakr, daß man bereits damit begonnen habe, Pläne in die

Tat umzusetzen, denen zufolge durch den Bau solcher Anlagen die Energieversorgung wesentlich erhöht werden soll, vor allem aber über 12 Mio Donum Agrarland melioriert bzw. neu erschlossen werden sollten.<sup>14)</sup>

Stimmen Plan und Realität auch nicht immer überein, so konnte der Präsident der Allgemeinen Bauernunion ("General Federation of Farmers Societies"), Hussein Jabbur, in einem Gespräch mit dem Autor am 14.4.1975 die bisherige Entwicklung in diesem Bereich doch dahingehend einschätzen, daß durch die Aktivität der Regierung Tausende von Donum bis dahin versalzene Bodens melioriert worden seien und sich die Bewässerungssysteme schon bald ausgezahlt hätten.

### Hebung des kulturellen Niveaus und die Aufgaben der Berufsorganisationen

Von grundlegender Bedeutung für die Durchführung der Pläne ist die Hebung des kulturellen Niveaus der Landbevölkerung und ihre selbständige Aktivierung im Prozeß der Umgestaltung ihrer sozialen und natürlichen Umwelt. In diesem Sinn weist die "Charta der Nationalen Aktion" auch auf die Aufgaben des Staates hin:

"Die Landreform verlangt weiterhin, daß der Ausbildung der Bauern große Aufmerksamkeit geschenkt wird, daß man die Mittel zur Verfügung stellt, um die Migration in die Städte zu stoppen, daß man fortfährt, entsprechend den Erfordernissen des Wachstums und der Entwicklung auf dem Lande die umgekehrte Migration zu fördern und junge Intellektuelle dazu ermutigt, auf dem Lande zu arbeiten."<sup>15)</sup>



Die irakische Regierung übergab landlosen Bauern je 10 ha Land zur genossenschaftlichen Nutzung. Unser Bild: Bäuerinnen und Bauern aus dem Dorf Al-Agoub übergeben Regierungsvertretern ihre Anträge für die Bodenverteilung. Katha Ghanem schildert seine Vorstellungen über die Arbeit in der künftigen Genossenschaft, deren Vorsitzender er sein wird.

Der erste Schritt zur weiteren Ausbildung der Bauern ist ihre Alphabetisierung. Da, wie die Statistik zeigt, im Rahmen des traditionellen Schulwesens seit den 60er Jahren kein nennenswerter Fortschritt erreicht worden ist, hat man die Berufsorganisationen - d.h. die Gewerkschaften und den Bauernverband - mit der Durchführung von Alphabetisierungskampagnen am Arbeitsplatz betraut. Beide Organisationen übernehmen darüber hinaus sowohl fachspezifische Schulungen als auch politische Erziehungsaufgaben. Der Bauernverband arbeitet bei der Ausbildung qualifizierter Kader vor allem mit den sozialistischen Ländern zusammen aber auch mit einigen kapitalistischen, wie z.B. Spanien.

Er gibt z.Z. die Wochenzeitschrift "Saut al fellah" (Stimme des Bauern) mit einer Auflage von 20.000 Exemplaren heraus, wobei übrigens jede Nummer eine Seite in kurdischer Sprache enthält. Im Augenblick arbeitet man daran, das Blatt als Tageszeitung herauszubringen.

Organisatorische Voraussetzung für die Durchführung der Schulungsprogramme ist die Zusammenfassung der z.T. stark zerstreut lebenden Einzelbauern in zentralen Orten, in denen die entsprechenden kulturellen, technischen und medizinischen Einrichtungen bereit gestellt werden können. Die medizinische Versorgung wird schon jetzt durch sogenannte "Volkskliniken", die Behandlung und Medikamente zu eher symbolischen Preisen bieten, weitgehend sichergestellt. Ansonsten scheinen die geplanten ländlichen Zentren noch nicht weit gediehen zu sein. Mitte 1973 jedenfalls lagen erst die Pläne dafür vor. Allerdings wurden schon 1972 im Rahmen eines Umgruppierungsplanes 20.400 Bauernfamilien in zentralere Gebiete umgesiedelt, 1973 waren es rund 15.000 Familien<sup>16)</sup>.

Der laufende Agrarplan endet in diesem Jahr. Der nächste (1976-1980) sieht im wesentlichen folgende Entwicklung vor. Das Gebiet der Agrarreform wird zu 100% aus Genossenschaften und Kollektivfarmen bestehen, d.h. es werden 450 neue Genossenschaften aller Typen gegründet werden. Dabei sollen die lokalen Kooperativen zu regionalen (joint) Kooperativen zusammengeschlossen werden oder gar in Kollektivfarmen umgewandelt werden. Das bisherige nicht der Agrarreform unterworfenen Gebiet soll seinerseits zu 50% durch 335 Genossenschaften aller Typen bearbeitet werden.

### Das Wesen der irakischen Agrarreform

Zusammenfassend läßt sich der hier nur in einigen Ausschnitten gezeigte Stand und Weg der ländlichen Umgestaltung im Irak folgendermaßen einschätzen: Die irakische Agrarreform ist in

erster Linie eine antifeudale. Sie hat den Mittelbauer herrschend gemacht und auch die reichen Bauern sind wohlhabender geworden, da auch sie von den Leistungen der Regierung profitieren. Gleichzeitig haben jedoch über 250.000 bis dahin landlose Bauernfamilien Grund und Boden erhalten. Außerdem gibt es eine Reihe positiver Erscheinungen, die die Basis für eine nichtkapitalistische Entwicklung in der Landwirtschaft legen können, aber natürlich nicht im Selbstlauf dahin zielen müssen. Das betrifft vor allem die Schaffung der Kollektiv- und der Staatsfarmen. Darüber hinaus hat sich auch die wirtschaftliche und soziale Lage des überwiegenden Teils der Bauernschaft, einschließlich der privat wirtschaftenden, verbessert und zwar vor allem durch die Festsetzung des maximalen Pachtzinses von 50% des Ertrages und die Vergabe staatlicher Kredite zu Vorzugsbedingungen an die Kleinbauern. Damit wird tendenziell das Wucherkapital aus dem Land eliminiert<sup>17)</sup> und ein wesentlicher Hemmschuh der ökonomischen Entwicklung beseitigt. Weiter sind die Verbreitung der Mechanisierung, der Ausbau des Bewässerungssystems und die Anfänge einer zentralen Planung im Agrarsektor zu nennen und nicht zuletzt die Einrichtung einer Sozialversicherung für die Landbevölkerung. Zum Problem der Alphabetisierung stellt der Politische Report fest:

"Wir müssen genau das Verhältnis zwischen der Erwachsenenbildung und der Zahl von Analphabeten beachten, die jedes Jahr neu hinzukommen. Wenn der Anteil klein ist, bedeutet das, daß wir nicht sehr viel getan haben, um den Analphabetismus auszurotten. Wir haben lediglich die schlechtesten Auswirkungen verringert. Wenn dem so ist, müssen wir das Problem auf eine völlig neue Art angehen." 18)

Dieser neue Ansatz ist die vom Bauernverband organisierte Massenalphabetisierung. Ein wirklicher Durchbruch konnte bislang jedoch noch nicht erzielt werden. Inwieweit das proklamierte Ziel einer sozialistischen Landwirtschaft erreicht wird, hängt nicht alleine von der weiteren Entwicklung in diesem Sektor ab, sondern von der konsequenten sozioökonomischen Umgestaltung

der gesamten Gesellschaft. Zwar wird in den Dokumenten der Partei das Problem einer "staatskapitalistischen" Entwicklung anstatt einer sozialistischen klar benannt. Dabei scheint eines der Hauptprobleme nicht nur darin zu bestehen, daß z.B. im Handelssektor die nationale Bourgeoisie noch eine starke Stellung hat, sondern auch darin, daß die größtenteils der Herkunft nach kleinbürgerlichen Kräfte in Bürokratie und Partei ideologisch überaus ungenügend ausgebildet sind und somit mehr aus Unkenntnis als auf Grund der eigenen Interessenlage durch die verschiedenen Spielarten der inneren und äußeren ideologischen Diversion gefährdet sind.

#### Anmerkungen:

- 1) H.Henle, Der Neue Nahe Osten, Frankfurt/M. 1972, S. 104
- 2) Statistical Pocket Book 1974, Bagdad 1974
- 3) Politische und Sozialökonomische Daten zum Irak, AIB 9/1973, S. 25
- 4) Revolutionary Iraq 1968-1973 - The Political Report Adopted by the Eighth Regional Congress of the Arab Ba'ath Socialist Party - Iraq, Bagdad 1974, S.130 ff.
- 5) Charte d'Action Nationale du Front National Progressiste, Bagdad 1974, S.59 f.
- 6) Speech of the Leader President Ahmad Hassan Al-Bakr in the Fifth Anniversary, 1973 of the July 17 Revolution, Bagdad 1973, S. 16
- 7) Annual Abstract of Statistics 1973, Bagdad 1973
- 8) A. Ignatow, Der Irak Heute, Neue Zeit Nr. 21/1974, S. 24
- 9) Revolutionary Iraq 1968-1973, a.a.O., S. 142
- 10) ebenda, S. 141 f.
- 11) Charte d'Action Nationale, a.a.O., S. 33 f.
- 12) Annual Abstracts, a.a.O., S. 70
- 13) A. Hottinger, 10mal Nahost, München 1970, S. 230 f.
- 14) Speech of the Leader President, a.a.O., S. 34
- 15) Charte d'Action Nationale, a.a.O., S. 61
- 16) Speech of the Leader President, a.a.O., S. 35
- 17) W.Brönnner, Beginn einer neuen Etappe des revolutionären Prozesses, AIB 10/1973, S. 16
- 18) Revolutionary Iraq 1968-1973, a.a.O., S. 142

## Kurzinformation

### Naher Osten

Einen Tag nachdem Ägyptens Präsident, Anwar al Sadat, US-Außenminister Kissinger zum Abschluß des zweiten israelisch-ägyptischen Teilabkommens verholfen hatte, kritisierte er mit ungewöhnlicher Schärfe die ablehnende Haltung der an der Vereinbarung nicht beteilig-

ten Sowjetunion:

"Heftige Beschuldigungen erhob der ägyptische Präsident gegen die Sowjetunion, deren Fernbleiben von der Unterzeichnungs-Zeremonie in Genf er eine 'offenkundige Provokation' nannte: sie versuche, durch falsche Informationen an Syrien und Palästinenser 'die arabische Front aufzuspalten.'" (FAZ, 6.9.1975)

Der Inhalt dieses Sinai-Abkommens vom 2. September d.J. deutet freilich auf etwas ganz anderes, nämlich auf eine Spaltung der arabischen Front durch Ägypten.

Das Abkommen umfaßt insgesamt vier Teildokumente, von denen das Vierte - welches Zusagen Washingtons an Israel über neue Militärhilfe von über 2 Mrd Dollar und finanzielle US-Ausgleichszahlungen für Israels Räumung der ägyptischen Ölfelder in Abu Rodeis enthalten soll - unveröffentlicht blieb. Die ersten drei Teile des Vertrages bestimmen Israels neuerlichen Teilrückzug am Sinai um durchschnittlich ca. 25 km, einen prinzipiellen gegenseitigen "Gewaltverzicht" sowie die Stationierung amerikanischen Personals zwecks "Überwachung" und "Aufklärung" (FAZ, 3.9.1975).

Es liegt auf der Hand, daß sich Ägypten mit der Stationierung von US-Militärs an der Sinaifront in direkte Abhängigkeit von Washington begibt und daß der eingegangene "Gewaltverzicht" faktisch einer ägyptischen Aufkündigung jeder weiteren militärpolitischen Hilfestellung für Syrien wie für die Palästinenser im Libanon und Jordanien gleichkommt. Mehr noch: Während sich der Text des Sinai-Abkommens mehrfach auf die UN-Waffenstillstands-Resolution Nr.338 vom Oktober 1973 bezieht, läßt er die UN-Resolution Nr.3236 vom November 1974 unerwähnt. Sie hatte erstmals die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes in vollem Umfang berücksichtigt.



Kein Wunder also, daß die Syrische Baath-Partei den Vertrag als "schändlich", als "einen Schritt zurück im arabischen Kampf" verurteilte, da er sich in offenen Gegensatz zu den Beschlüssen der UNO wie der Arabischen Gipfelkonferenz von Rabat stelle, die Spaltung der arabischen Front betreibe und eine Ermutigung für den Aggressor Israel bedeute. Der PLO-Vorsitzende Yassir Arafat charakterisierte die Vereinbarung am 2.9.1975 in Beirut als "ein Komplott mit dem Ziel, die palästinensische Sache zu liquidieren."

Bereits eine Woche zuvor hatte Arafat in einem Interview in deutlicher Anspielung auf Sadat die "Kapitulationsbereitschaft gewisser arabischer Führer... gegenüber dem US-Imperialismus" verurteilt. Er machte dabei ausdrücklich

**Nohlen/Nuscheler (Hrsg)**

# Handbuch der Dritten Welt

Zwei in Entwicklungsfragen kompetente Sozialwissenschaftler legen ein vierbändiges "Handbuch der Dritten Welt" vor, das erstmals umfassende Materialien zu den ökonomischen, sozialen und politischen Problemen der Länder der Dritten Welt anbietet. In drei Kontinentalbänden (Band II-IV) werden von Länderexperten die umfangreichen Statistiken internationaler Organisationen und nationaler statistischer Ämter ausgewertet, die nur schwer zugänglich und nur für den Experten verständlich sind. Die Datenfülle wird, nach Ländern geordnet, durch ein einheitliches und durchgängiges Indikatoren-Schema übersichtlich aufbereitet. Zeitreihen lassen Konstanten und Wandel des historischen Entwicklungsprozesses erkennen. Kurzanalysen zu jedem Land interpretieren die Daten und zeigen historische Zusammenhänge und nicht meßbare Entwicklungen.

#### Band 1:

Theorien und Indikatoren der Unterentwicklung und Entwicklung  
400 Seiten, Lin.,  
Subskriptionspreis  
DM 32,-\*  
(bei Einzelabnahme und nach Erlöschen der Subskription  
DM 38,-)

#### Band 2:

Unterentwicklung und Entwicklung in Afrika  
Ca. 400 Seiten, Lin.,  
Subskriptionspreis  
ca. DM 32,-\*  
(Einzel ca. DM 38,-)  
Erscheint 1975

#### Band 3:

Unterentwicklung und Entwicklung in Amerika  
Ca. 400 Seiten, Lin.,  
Subskriptionspreis  
ca. DM 32,-\*  
(Einzel ca. DM 38,-)  
Erscheint 1976

#### Band 4:

Unterentwicklung und Entwicklung in Asien  
Ca. 400 Seiten, Lin.,  
Subskriptionspreis  
ca. DM 32,-\*  
(Einzel ca. DM 38,-)  
Erscheint 1977

\* Diese Subskriptionspreise gelten nur bei Abnahme aller 4 Bände

### Bestellschein

Hiermit bestelle ich

- Handbuch der Dritten Welt, Band I bis IV zum ermäßigten Subskriptionspreis für Band I: DM 32,-
- Handbuch der Dritten Welt, Band I (bei Einzelabnahme) DM 38,-

Name: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift: \_\_\_\_\_

**epog**

Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:  
entwicklungspolitische buchgesellschaft  
8000 münchen 22 - kaulbachstraße 70

## Richtigstellung Zimbabwe

Bei der Übersetzung des Dokuments "Ein Land, ein Volk, eine Stimme, eine kämpfende Kraft" in AIB Nr. 7-8/1975, S. 30 ist uns ein Fehler unterlaufen. Richtig muß es heißen:

"Wir sind Waffenbrüder für unser einziges Ziel in Südafrika, Namibia und Zimbabwe: Übertragung der Macht an die Mehrheit, Eliminierung des Rassismus und des Minderheitsprinzips als Grundlage der Regierung."

"einen Unterschied zwischen der 'amerikanischen Lösung', die sich gegen die Lebensinteressen der arabischen Völker richtet, und einer 'politischen Lösung' des Nahost-Konflikts und stellte fest, daß der palästinensische Widerstand bereit sei, an jedem Treffen, an jeder internationalen Konferenz teilzunehmen, die den Auftrag erhält, den Bestrebungen des palästinensischen Volkes zu entsprechen, 'so wie sie in der Resolution Nr. 3236 der letzten UNO-Vollversammlung definiert wurden'." (DVZ, 28.8.1975)

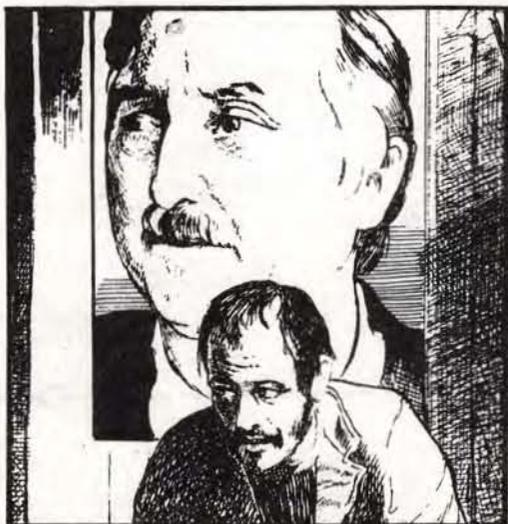
## OAS-SELA

Daß die lateinamerikanischen Staaten in ihrer Mehrzahl nicht länger bereit sind, nach der Pfeife Washingtons zu tanzen, mußten die USA Anfang August d.J. feststellen, als die 16. Konsultativkonferenz der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) die über 10 Jahre dau-

ernde Wirtschaftsblockade gegen Kuba aufhob. Kurz darauf mußten die USA und insbesondere Kissingers Politik des "neuen Dialogs" noch eine weitere Niederlage einstecken, als die 25 OAS-Staaten beschlossen, im Oktober d.J. eine neue Wirtschaftsorganisation mit dem Namen Sistema Economico Latinoamericano (Lateinamerikanisches Wirtschaftssystem - SELA) zu gründen. Hauptziele der SELA sind es, die Vorherrschaft des US-Kapitals in Lateinamerika zu brechen, Maßnahmen zur Verteidigung der nationalen Rohstoffvorkommen zu ergreifen und gemeinsame Entwicklungsprojekte zu finanzieren.

Unumstritten ist, daß Kuba Mitglied der SELA werden wird - nicht aber die USA.

## Manifest an die Vereinten Nationen - für Chile !



Die Militärjunta in Chile unterdrückt seit nunmehr zwei Jahren mit blutigem Terror das eigene Volk.

Seit der Ermordung Salvador Allendes am 11. September 1973 haben zehntausende Chilenen ihr Leben gelassen; werden Menschenrecht und Menschenwürde von den herrschenden Militärs mit Füßen getreten.

Zynisch mißachtet die Junta die Resolution der XXIX. Vollversammlung der Vereinten Nationen. Bedenkenlos setzt sie sich über die Charta der UNO hinweg; ihr Terrorregime verhöhnt die Universelle Erklärung der Menschenrechte, auf die auch Chile durch seine Unterschrift verpflichtet ist.

Tief besorgt um das Schicksal zahlloser Menschen in Chile, richtet sich unser dringender Appell an den Generalsekretär und die XXX. Vollversammlung der Vereinten Nationen, konkrete und wirksame Maßnahmen einzuleiten, die dazu beitragen, die Menschenrechte und damit die liberalen und demokratischen Freiheiten in Chile wiederherzustellen.

Zur Wahrung ihrer Autorität ist die Weltorganisation zu entschlossenem Handeln verpflichtet, im Sinne der Resolution 3219 (XXIX) vom November 1974.

Deshalb fordern wir: Der Belagerungszustand in Chile muß aufgehoben, die Folterungen müssen beendet und alle Konzentrationslager aufgelöst werden. Wir erwarten von der XXX. Vollversammlung entschiedene Aktionen zur Durchsetzung der Forderung nach Freilassung aller Gegner des Regimes, nach Freilassung von Luis Corvalan und Carlos Lorca und allen politischen Gefangenen.

Die blutige Unterdrückung des eigenen Volkes, ihre politische und moralische Isolierung von fast allen Schichten der Bevölkerung machen deutlich: Diese Junta hat kein Recht, das chilenische Volk in den Vereinten Nationen zu vertreten.

Wir wenden uns an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, in den Vereinten Nationen im Sinne dieses Manifestes zu wirken, Sanktionen gegen die Militärjunta in Chile zu fordern und sie durchzuführen.

Wir wenden uns an alle Bürger unseres Landes und fordern sie auf: Helft mit, dem Terror in Chile ein Ende zu setzen! Treten wir gemeinsam dafür ein, den Peinigern des chilenischen Volkes das Handwerk zu legen!

**Prof. Erich Wulff - Sonderkonto PSchA Frankfurt/M. 527055-602 Kennwort: Chile-Solidarität**

Bitte abtrennen und einsenden an:  
Prof. Dr. Erich Wulff, 6000 Frankfurt/Main, Eichwaldstr. 32

Ich unterstütze das Manifest an die Vereinten Nationen - für Chile!

.....  
(Name und Anschrift)

.....  
(Unterschrift)